

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: HHdte Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pohl-Rugenstein, Hermann Rauschnig, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang

Oktober 1961

Heft 10

Die Lage:

Die große Ernüchterung

Nach Tische ...

Vor einem Monat ist in diesen „Blättern“ auf die Fragwürdigkeit des bundesdeutschen Wahlkampfes 1961, auf das Mißverhältnis zwischen den vordringlichsten nationalpolitischen Problemen und der Argumentation der großen Parteien in den Wochen vor der Wahl hingewiesen worden. Nur allzuschnell sollte diese Beurteilung unmittelbar nach dem 17. September eine Bestätigung erfahren. Vor Monatsfrist wurde an dieser Stelle davon gesprochen, es sei dieser Wahlkampf unter falscher Flagge geführt worden. Schon am 18. September konnte man in einem Leitartikel der „Welt“, aus der Feder des Bonner Korrespondenten dieser Zeitung, Herrn Schröder, lesen: „Die Stimmen sind gezählt, die Wahlkämpfer rüsten ab, nun muß offen und deutlich von den schweren Entscheidungen gesprochen werden, vor denen wir stehen ... Während des Wahlkampfes haben die Besucher der Versammlungen davon wenig verspüren können.“ Deutlicher läßt sich kaum sagen, in welchem Maße die Wähler von den großen Parteien vor dem 17. September getäuscht worden sind! Aber nicht nur von diesen, sondern auch von jenen großen westdeutschen Zeitungen, die heute auf einmal von den „schweren Entscheidungen“ und von dem, „was auf uns zukommt“ reden — als sei das nach allem früheren die selbstverständlichste Sache der Welt!

Unmittelbar nach dem 17. September — dessen Ergebnis auf dem Hintergrund solch fragwürdiger Täuschung des Wählers gesehen werden muß — hat schlagartig die große Ernüchterung und Desillusionierung begonnen, die die bisherige westdeutsche Außenpolitik abschließt. Die Bundesrepublik steht bereits am Grabe von Hoffnungen, Erwartungen und Wunschträumen, die sich heute auch allen denjenigen als Illusion und Fiktion erweisen, die diesbezügliche Warnungen bis vor kurzem noch glaubten in den Wind schlagen oder gar als „feindliche Propaganda“ denunzieren zu dürfen. Der Schleier ist zerrissen, die Bundesrepublik unmißverständlich den weltpolitischen Realitäten konfrontiert, denen sie bis heute glaubte ausweichen zu können. Schon der 13. August hatte diesem illusionistischen Bewußtsein breiter Kreise in der Bundesrepublik einen schweren Schlag versetzt. Es folgte Anfang September die Belgrader Konferenz der nicht-gebundenen Staaten, die ebenfalls manche Bonner Illusionen zerstörte. Zu alledem ist nun aber seit dem 17. September noch eine unmißverständliche Offen-

herzigkeit Washingtons hinsichtlich seiner Kompromißbereitschaft in der Deutschland-Frage getreten. Die „Wahl-Schonzeit“, von der Richard Thilenius in der Süddeutschen Zeitung vom 30. 9. sprach, ist ein für allemal vorbei. Die Meldungen über eine Verhandlungsbereitschaft des Westens, über einzelne Vorschläge zu einer Regelung des Deutschland- und Berlin-Problems mehren sich seither von Tag zu Tag. Offensichtlich bedient sich die amerikanische Regierung zunächst einzelner angesehener Persönlichkeiten — wie des Sonderbotschafters des Präsidenten in Berlin, General Clay, der Senatoren Fulbright, Mansfield, Humphrey etc. — um die deutsche Öffentlichkeit nun deutlich über ihren Willen zu konstruktiven Verhandlungen über Berlin und das Deutschland-Problem aufzuklären, sie gleichzeitig auf Entscheidungen vorzubereiten, die für die Deutschen von besonderer Bedeutung sind. All dies unmittelbar nach jenen Wahlen, durch die die bundesdeutsche Regierung bestellt werden sollte, die für jene schwerwiegenden Entscheidungen mitverantwortlich sein wird. Und doch war von all diesen unaufschiebbar gewordenen Problemen im deutschen Wahlkampf entweder überhaupt nicht oder nur im Rahmen eben der politischen Vorstellungen die Rede, die heute endgültig zu Grabe getragen werden müssen.

Verantwortlichkeiten

Ein großer Teil der westdeutschen Öffentlichkeit ist schockiert durch diese unverkennbare Bereitschaft Washingtons, mit der Sowjetunion über ein Arrangement in der Deutschland-Frage zu verhandeln. Es zeigt sich jetzt von Tag zu Tag deutlicher, welch' verheerende Folgen die seit langem völlig unrealistische Politik der Bundesregierung haben mußte. War es schon problematisch genug, daß Bonn überhaupt eine Politik der Stärke, gestützt auf die NATO und mit deutlich anti-sowjetischen Vorzeichen, begonnen hatte, weit schlimmer noch war es, daß die Bundesregierung diese Politik auch dann noch um jeden Preis fortsetzte, ja forcierte, als deren ganze Fragwürdigkeit, schließlich ihr Fiasko sich bereits abzeichneten. Die Regierung Adenauer entschied sich, statt rechtzeitig ihre Politik zu modifizieren, dazu, den einmal eingeschlagenen Weg bis zum bitteren Ende zu gehen. Und dies bittere Ende ist heute da. Daß Bonn eine evolutionäre Umorientierung versäumt und alle Alternativen zu seiner extremistischen Politik grundsätzlich verworfen hat, kommt der Bundesrepublik heute teuer zu stehen. Denn es ist nicht gleichgültig, daß die unvermeidliche Wendung erst jetzt unter massivstem Druck von außen, und zwar einem Druck nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Westen, kommt: Das bedeutet, daß sie unter weit ungünstigeren außenpolitischen Bedingungen als je vorher kommt. Bonn hat sich weltpolitisch immer mehr exponiert — und damit isoliert.

Es haben sich der Bundesregierung in den letzten Jahren eine Unzahl von Möglichkeiten geboten, ohne allzu großen Prestigeverlust und durchaus in Übereinstimmung mit den westlichen Verbündeten auf eine gemäßigtere, konstruktivere außenpolitische Linie einzuschwenken. Aber es hat nicht nur die Bundesregierung bis jetzt ein jedes solches Einschwenken abgelehnt und stattdessen wider besseres Wissen aus propagandistischen Gründen immer noch von „Erfolgen“ gesprochen — nicht minder folgenschwer war auch die Haltung fast aller großen westdeutschen Zeitungen, die bis heute der Bundesregierung assistiert und das deutsche Volk damit über das Scheitern der Bonner Politik hinweggetäuscht haben. Das bedeutet, daß Regierung und Presse (von Ausnahmen abgesehen) verantwortlich sind für die Schockwirkung, die von den heutigen freimütigen Erklärungen westlicher Kreise ausgeht. Regierung und Presse haben es versäumt, die Bevölkerung der Bundesrepublik langsam und vorsichtig, aber

doch beharrlich und unmißverständlich auf das Notwendige und Unumgängliche vorzubereiten. Insbesondere gilt das hinsichtlich des Problems der Wiedervereinigung und des Berlin-Problems. Sogar in der Zeit zwischen Ende 1958, dem Augenblick von Chruschtschows erster nachdrücklicher Berlin-Erklärung, hat man es für richtig gehalten, die Diskussion konstruktiver westlicher Gegenvorschläge soweit wie möglich zu ersticken, als vertraue man, höchst fahrlässig, darauf, man werde schon „irgendwie über die Runden kommen“. Aber gerade das konnte unter den gegebenen Umständen nicht der Fall sein.

Ein Teil der bundesdeutschen Presse und auch einige Repräsentanten der großen Parteien versuchen nun auf einmal sehr unvermittelt die Bevölkerung auf gewisse Konzessionen des Westens vorzubereiten, indem sie darauf hinweisen, wir hätten jetzt die Zeche für den verlorenen Hitler-Krieg zu bezahlen. Auch aus verschiedenen westlichen Quellen verlautet, den Deutschen werde nun unvermeidlich noch einmal eine Rechnung für diesen Krieg vorgelegt. So notwendig es ist, immer wieder an jene Jahre des Dritten Reiches zu erinnern, die zumal in der Bundesrepublik vor allem auf Grund der Wirtschaftswunder-Euphorie allzu schnell in Vergessenheit geraten sind, — mit einem solchen Hinweis allein ist es in diesem Zusammenhang nicht getan. Und zweifellos dient diese Argumentation denn auch gewissen Leuten heute als Mittel der Verschleierung ihrer eigenen Verantwortung für die Tatsache gewordene Spaltung Deutschlands, der nun auch noch die Spaltung Berlins gefolgt ist. Wir haben heute nicht allein die Rechnung für den Krieg Hitlers, sondern auch für die Stärke-Politik der Adenauer und Strauß zu bezahlen. Gerade daß die vorläufig unabänderliche Teilung Deutschlands und Berlins ein letzter, bitterer Preis für den Hitler-Krieg geworden ist, gerade daß wir diesen Preis bezahlen müssen, daran hat jene vermessene Bonner Politik der Stärke entscheidenden Anteil, die uns allzulange wähen ließ, wir kämen um einen Preis überhaupt herum ... Man wird im Interesse der Nation auf diese Verantwortlichkeiten in Zukunft mit allem Nachdruck hinweisen müssen, besteht doch Anlaß zu der Annahme, daß die seit 1949 für die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Verantwortlichen diese Zusammenhänge zu verschleiern beabsichtigen, um das Debakel ihrer Politik, ein Debakel auf Kosten Deutschlands, zu verdecken.

Verhandlungen — nicht Kapitulation

So notwendig es ist, gerade jetzt noch einmal die politische Entwicklung seit 1949 zu rekonstruieren und die erwähnten Verantwortlichkeiten deutlich zu machen, so notwendig ist es auch, mit aller Nüchternheit die Proportionen der heutigen Probleme zu erkennen. Dies um so mehr, als eine höchst bedenkliche westdeutsche Publizistik, von der später noch zu sprechen sein wird, sich bereits anschickt, diese Proportionen in propagandistischer Weise zu verzerren und die Lage in einem falschen Sinne zu dramatisieren.

Die französische Zeitung *Le Monde* schrieb am 23. 9. 61: „Die kommenden Monate, daran zweifelt niemand mehr in Bonn, werden den Zusammenbruch aller bisher peinlichst gehüteten Illusionen über die Oder-Neiße-Linie, die Wiedervereinigung und den Status der DDR bringen — gar nicht zu reden von dem hinkenden Kompromiß, der sich für Berlin ankündigt.“ Zweifellos bedeutet diese Desillusionierung einen schweren Schlag für das Prestige der großen Parteien in der Bundesrepublik, die alle zu jenen Illusionen bis heute sich bekannt haben. Bei alledem geht es aber, das muß hier ganz entschieden gesagt werden, nicht um irgendeine „Kapitulation“ des Westens vor der Sowjetunion in der Deutschlandfrage. Es heißt die unvermeidlich gewordene Modifizierung der bisherigen

westlichen Deutschland-Politik in höchst gefährlicher Weise dramatisieren, wenn man sie in eine solche „Kapitulation“ umfälscht. Washington hat offensichtlich erkannt, daß es im Interesse des Friedens und der Entspannung in der Deutschland-Frage gewisse Konzessionen machen muß. Doch bedeutet das nicht, daß die USA bereit oder gewillt seien, Westberlin oder gar die Bundesrepublik preiszugeben. Schon aus Prestigegründen, von den machtpolitischen ganz zu schweigen, sind sie dazu gar nicht in der Lage. Aber man weiß heute in Washington weit deutlicher als bisher zu unterscheiden zwischen der unabdingbaren Aufrechterhaltung gewisser Positionen und Grundsätze und der Verhandlungsbereitschaft in einzelnen Fragen. Präsident Kennedy hat in seiner großen Rede vor den Vereinten Nationen diese Unterscheidung gemacht, und Senator Humphrey hat in demselben Sinne erklärt: „Weder der Präsident noch irgendein verantwortliches Mitglied der Regierung hat die Absicht, zu irgendetwas seine Zustimmung zu geben, das die Sicherheit der Nation beeinträchtigen könnte. Es wäre jedoch unverantwortlich, in Fragen hart zu bleiben, die nicht unsere lebenswichtigen Interessen berühren, wenn eine Konzession in einer dieser Fragen konstruktive Verhandlungen vorantreiben könnte.“ Der Senator sprach von dem Willen, zu geben und zu nehmen, der auf beiden Seiten notwendig sei. Es sei „verderblich und töricht, derartige Verhandlungen als Beschwichtigung oder Schwäche zu bezeichnen.“ (Nürnberger Nachrichten vom 25. 9. 61.)

Die USA sind bereit, sich mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo zu arrangieren, weil nur ein solches, soweit wie möglich vertraglich fixiertes Arrangement eine Milderung der für alle Nationen lebensgefährlichen weltpolitischen Spannungen herbeiführen kann.

Das bedeutet einerseits eine de-facto-Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und andererseits das Bestehen auf der Selbständigkeit West-Berlins. Offensichtlich denkt man heute in Washington daran, auch eine Einschaltung der Organe der DDR in die Kontrolle des Berlin-Verkehrs zu akzeptieren, falls damit dieser Verkehr selbst gesichert werden kann. Man wird sich wohl auch in den USA kaum noch Illusionen darüber machen, daß West-Berlin seine ihm durch falsche Freunde aufoktroyierte Rolle als „Frontstadt“, als „Pfahl im Fleische der DDR“ etc. ausgespielt hat. Sehr offen wird des weiteren von der Bereitschaft des Westens gesprochen, über eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verhandeln. Schließlich ist offensichtlich zum erstenmal ernsthaft von den Möglichkeiten eines Disengagements in Mitteleuropa die Rede; es sei in diesem Zusammenhang besonders auf die bemerkenswerte Sinneswandlung des belgischen Außenministers Spaak hingewiesen, der Mitte September Chruschtschow einen Besuch abgestattet hat und sich nach seiner Rückkehr durchaus befriedigt über seine Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten äußerte. Wie denn Chruschtschow nicht müde wird, dem Westen durch einzelne angesehene Persönlichkeiten, mit denen er eingehend spricht, wie Lippmann, Spaak, Reynaud, Sulzberger etc., zu verstehen zu geben, daß er jetzt auf ein Deutschland-Übereinkommen drängt und gewisse Mindestforderungen stellt, daß er aber einen Kompromiß durchaus für möglich hält und nicht daran denkt, den Westen zu einer Kapitulation auf ganzer Linie zu zwingen. Ein derartiges Ansinnen müßte, das weiß vermutlich auch Chruschtschow, die Westmächte zum entschiedenen Widerstand zwingen und könnte damit womöglich den Krieg provozieren. Besonders bedeutsam erscheint die Äußerung des Präsidenten Kennedy über die Probleme der atomaren Bewaffnung (in seiner Rede vor den UN, vgl. Dokumentation), deutet sich hier doch der Verzicht auf eine atomare Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr an.

Diese Verhandlungsbereitschaft entspringt nicht einer Laune und nicht der Willkür, sondern sie beruht auf der Erkenntnis der weltpolitischen Gegebenheiten und Gefahren. Überraschen und schockieren kann sie in der Bundesrepublik nur denjenigen, der sich bis heute an die Illusionen und Fiktionen der Bonner Politik geklammert hat. Diese Politik freilich ist e n d g ü l t i g zusammengebrochen. Der Zusammenbruch war seit langem abzusehen und ist in diesen Blättern mit allen seinen Konsequenzen oft genug vorausgesagt worden. Die Bilanz der zwölf Jahre Adenauer'scher Außenpolitik ist bitter genug. Aber es wäre verhängnisvoll, wollte man sich heute durch die unvermeidliche Ernüchterung und Desillusionierung in eine Katastrophenstimmung treiben lassen, die zu unbedachten, rein affektiven, womöglich selbstmörderischen Reaktionen führen kann.

„Verraten und verkauft“

Es muß deutlich gesagt werden, daß die Bundesrepublik durch die jetzt sich abzeichnende Neuorientierung der amerikanischen Deutschland-Politik nichts zu verlieren hat als jene Illusionen, die von Einsichtigen seit langem schon als solche erkannt worden waren. Es wird uns nichts genommen als lang gehegte Wunschvorstellungen. Wir werden um eine realistischere Einschätzung der Gegebenheiten nicht mehr länger herumkommen, aber sie ist auch der einzige Weg zu einer neuen deutschen Politik, die die Fehler der bisherigen vermeidet. Recht verstanden, kann die Desillusionierung durchaus heilsam und fruchtbar sein.

Die unzweideutigen Eröffnungen maßgeblicher Amerikaner — denen die Äußerungen einer ständig wachsenden Zahl von politischen Vereinigungen, Zeitungen und Einzelpersonlichkeiten in den anderen NATO-Staaten entsprechen — haben bereits eine Reihe von westdeutschen Zeitungen zu der oben erwähnten unverantwortlichen Dramatisierung der Lage veranlaßt. Es zeichnet sich bereits jetzt die Tendenz gewisser Kreise ab, eine neue Dolchstoß-Legende zu schaffen und eine Art „nationale Opposition“ aufzubauen! Diese Äußerungen lassen auf einen bedenklichen Geisteszustand schließen. Alte deutsche Ressentiments werden wieder lebendig. Die Balken-Überschrift des weitverbreiteten Massenblattes BILD „Wird Deutschland jetzt verkauft?“ hat im Westen begreiflicherweise peinliches Aufsehen erregt. Dergleichen kann die Position der Bundesrepublik im Westen nur weiter schwächen, ganz im Gegensatz zu der Auffassung derer, die für ein solches Sich-Stark-Machen verantwortlich sind. Bemerkenswert ist es, daß man eine solche Tonart heute sogar schon in dem nationalistischer Aufwallungen bisher eher unverdächtigen „Rheinischen Merkur“ findet. In einem Aufsatz von Dr. Otto B. R o e g e l e (Rheinischer Merkur vom 29. 9.) wird gegen den Plan einer Kanzlerschaft Adenauers auf Zeit polemisiert. Er sei nicht zuletzt „eine Aufforderung an Freund und Feind, den ‚Kanzler auf Zeit‘ nach Kräften zu prügeln und ihm alle Konzessionen, Verzicht und Lasten aufzuladen, die von der weltweiten Liga der Deutschland-Gegner, angefangen bei Chruschtschow bis zu den britischen Wirtschaftsneidern (!) und den linksverdrehten Intellektuellen in Amerika (!) und anderswo in unerschöpflicher Fülle bereit gehalten werden.“ Man darf gespannt sein, wann zum erstenmal wieder, wenn auch opportunitätshalber zunächst noch verschämt, von dem „jüdischen Einfluß“ bei alledem die Rede ist . . . Der Jargon jedenfalls kommt uns nur allzu bekannt vor. Einmal mehr wird die Legende von der anti-deutschen „Weltverschwörung“ aufgezaumt. Der Düsseldorf „Mittag“ bezeichnete am 26. 9. die amerikanischen Hinweise, die Deutschen müßten sich 16 Jahre nach Kriegsende an den Gedanken gewöhnen, daß sie den Krieg verloren haben und dafür mit einer Aufteilung des Reiches in die Bundesrepublik, die DDR und West-Berlin zu zahlen haben, als „töricht“. Das Blatt droht dem Westen mit „innerpolitischen Rückwirkungen“ und spricht von einer

„nationalen Opposition“. Die „Deutsche Zeitung“ schließlich stimmte ebenfalls am 26. 9. in diesen Chorus der neo-nationalistischen Nein-Sager ein: „Es ist schwer vorstellbar, daß eine deutsche Regierung sich zu derartigen Opfern bereit finden könnte. Sie würden nicht nur bedeuten, daß die bisherige deutsche Außenpolitik in allen wesentlichen Punkten gescheitert ist, sie würden das Vertrauen des deutschen Volkes zu den Alliierten erschüttern und vermutlich im Innern stärkste Umwandlungen auslösen. Vor allem ist der Gedanke, die Bundeswehr von modernen Waffen auszuschließen, politisch indiskutabel, weil er die Bundesrepublik auf den Status eines Satelliten verweist.“ Hier deutet sich, in einem der Bundesregierung nahestehenden Blatt, eine besonders gefährliche Tendenz an: weil ein realistischer Kompromiß das Eingeständnis des Zusammenbruches der bisherigen Bonner Politik bedeuten würde, soll dieser Kompromiß um jeden Preis verhindert werden. Das Schicksal des deutschen Volkes wird damit dem Prestige des Regimes Adenauer untergeordnet. Aufschlußreich ist aber auch, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, diese schwerste politische Hypothek der Bundesrepublik, hier abermals als unverzichtbar, als vermeintlicher politischer Trumpf hingestellt wird, obgleich sich längst der Bumerang-Charakter dieser Waffen erwiesen hat. Die „Deutsche Zeitung“ scheute sich auch nicht, am 2. Oktober den amerikanischen Senator Fulbright, den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, wegen seiner konstruktiven Vorschläge zu einer Regelung des Deutschland-Problems als „genialen Wirrkopf“ der amerikanischen Außenpolitik zu bezeichnen. Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen wandte sich am 26. September gegen „Aufweichungstendenzen“ der deutschen Öffentlichkeit in mittel- und ostdeutschen Fragen. Gewisse westliche und auch innenpolitische „Preisgabetendenzen“ seien eine Herausforderung der Vertriebenen, gegen die der Bund der Vertriebenen seine Reserven mobilisieren werde (Stuttg. Ztg. 27. 9.).

Es wäre ein Leichtes, diesen Zitaten andere entsprechende anzufügen. Wir müssen uns das hier aus naheliegenden Gründen versagen.

Schon jetzt aber muß gewarnt werden vor den innen- und außenpolitischen Folgen einer solchen bedenkenlosen Agitation. Es geht nicht an, daß die Deutschen heute die Westmächte anklagen, sie würden ihren Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber untreu. Vor Jahren schon ist von nüchternen Kritikern der Bonner NATO-Politik darauf hingewiesen worden, daß diese Politik niemals zu einer Wiedervereinigung Deutschlands führen könne, sondern die Spaltung Deutschlands immer mehr vertiefen müsse, und zwar ganz unabhängig davon, ob dergleichen beabsichtigt sei oder nicht. Die Westmächte haben ihre Politik gemacht und für eine solche konnte die Wiedervereinigung Deutschlands stets nur ein sekundäres Problem sein. Auch war frühzeitig zu erkennen, daß gewissen Kreise im Westen die Verhärtung der Zweiteilung Deutschlands durchaus nicht unsympathisch war, auch wenn sie selbst die Fiktion aufrechterhielten, der Westen wünsche die Wiedervereinigung. Es wäre Sache der westdeutschen Regierung gewesen, diese Zusammenhänge rechtzeitig zu erkennen und die Tragweite der NATO-Bindung richtig abzuschätzen. Entweder ist eine solche Abschätzung unterblieben und Bonn hat sich einer erschreckenden außenpolitischen Fehlkalkulation schuldig gemacht —, oder aber die Bundesregierung hat seit Jahren die Bevölkerung über ihre eigentlichen Absichten getäuscht und ihr nur vorgespiegelt, sie strebe die Wiedervereinigung an. Das Eine ist so schlimm wie das Andere. Anzuklagen sind heute nicht die Westmächte, sondern die für die westdeutsche Außenpolitik seit 1949 Verantwortlichen.

Indem die Bundesregierung bis heute gefährliche Illusionen und Fiktionen genährt hat, hat sie einem neuen deutschen Irredentismus den Weg bereitet, der

heute schon seine Stimme erhebt. Denn nun kommt der Umschlag längst unerfüllbar gewordener Hoffnungen in Bitterkeit und Trotz. Die Geister scheiden sich. Die einen sind bereit, endlich dem Unvermeidlichen realistisch Rechnung zu tragen. Und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine neue, weniger anspruchsvolle, aber auch weniger vermessene und darum konstruktivere deutsche Politik. Die anderen aber mobilisieren nun alle latent noch immer oder schon wieder vorhandenen nationalistischen Affekte. Nicht nur, daß diese Kreise die politische und moralische Selbstisolierung der Bundesrepublik sehr schnell weitertreiben — noch größer beinahe ist die Gefahr, daß sie, gewollt oder ungewollt, zu den Herolden eines nationalpolitischen Amoklaufes werden.

Die Verantwortung der neuen Regierung

Zweifellos wird der Druck der Westmächte auf Bonn, mittelbar und auch unmittelbar, noch weiter zunehmen. Es darf aber auch die Möglichkeit eines sich steigenden Druckes jener chauvinistisch-nationalistischen Kreise auf die neue Bundesregierung nicht unterschätzt werden. Wie immer diese Regierung aussehen mag, sie steht vor einer für die ganze Nation und nicht nur sie allein lebenswichtigen Entscheidung. Das deutsche Interesse ist heute nicht mit dem der irredentistischen Scharfmacher, sondern mit den der verständnisbereiten Kreise in West und Ost identisch. Die neue Bundesregierung steht vor der Wahl, entweder konsequent und entschlossen die bisherige Bonner Politik zu liquidieren und diese Neuorientierung auch gegen den Widerstand der Aufpeitscher durchzusetzen — oder aber ihren Parolen zu folgen, mit allen bedrohlichen außen- und innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Intransigenz gegenüber Ost und West. Über die innenpolitischen Aspekte dieser neuen Entwicklung wird in den nächsten Nummern dieser Blätter zu sprechen sein. Jenseits aller parteitaktischen Schachzüge ist die bevorstehende Bildung der neuen Bundesregierung in Bonn zunächst vor allem danach zu beurteilen, ob die neue Regierung endlich den Erfordernissen der Stunde Rechnung trägt oder trotzig-nihilistisch auf einer Fortsetzung der alten Politik um jeden Preis beharrt.

So hoffnungsvoll die sich abzeichnende amerikanische Kompromißbereitschaft stimmen mag, so wenig Anlaß zu übertriebenem Optimismus ist doch vorerst. Der Bundeskanzler hat noch am 13. September in einer Wahlrede in Köln erklärt, es komme jetzt nur darauf an, sich stark zu machen, weil die Stärke die einzige Sprache sei, die die Sowjetunion verstände: „Wenn deutsche Truppen . . . nicht dieselbe nukleare Bewaffnung wie ihre Gegner bekommen, werden sie wie die Schafe zur Schlachtbank geführt“ (Basler Nachrichten vom 14. 9. 61). Der Bundesverteidigungsminister, dessen Stellung im politischen Kräftespiel in Bonn durch den Wahlausgang in demselben Maße stärker geworden ist, in dem die *Adena* uers an Stärke verloren hat, wandte sich Ende September abermals mit allem Nachdruck gegen ein Disengagement, wie es z. Zt. in den westlichen Hauptstädten ernsthaft diskutiert wird. Beunruhigend aber ist auch, daß der Berliner Bürgermeister *Brandt* sich ebenfalls, ungeachtet der jüngsten weltpolitischen Entwicklung, so stark macht, daß er sich damit selbst gewissermaßen den Rückweg zu realistischeren Positionen verbaut. Am 25. 9. meldete die *FAZ* aus Berlin: „Auch in Kreisen, die dem Berliner Bürgermeister *Brandt* nahestehen, wird die Bildung einer großen Koalition zwischen der CDU/CSU und SPD gefordert. Nur eine derartige Regierung könne, wie unsere Berliner Redaktion meldet, die auf Deutschland und Berlin zukommenden Probleme meistern, falls Washington von der Bundesregierung die de-facto-Anerkennung des Zonen-Regimes wünsche — die Anerkennung des ‚Ulbricht-KZ‘. Die Bundesrepublik stelle heute eine Macht dar, wurde in diesen Kreisen bemerkt, die nicht ohne weiteres von der amerikani-

schen Politik übergangen werden könne. An Stelle einer zu großen Kompromißbereitschaft gegenüber dem sowjetischen Druck auf Berlin sei eine harte Haltung angebracht, die das Risiko eines Krieges wegen Berlin den Sowjets zuschieben müsse."

Bonn hat die Partie längst verloren, aber es hat sich immer noch nicht zu einer Neuorientierung entschlossen. Und es wird in den kommenden Monaten des beharrlichen Druckes der verantwortungsbewußten und besonnenen Kreise der Bundesrepublik auf die neue Regierung bedürfen, wenn es zu einer solchen kommen soll. Ohnehin ist es bedenklich genug, daß erst der Zwang der Umstände und das unmißverständliche Drängen Chruschtschows und der Westmächte die Bundesrepublik auf den Weg der Vernunft bringen, anstatt daß die Bonner Regierung diesen Weg längst aus freien Stücken eingeschlagen hat. In diesem Falle wäre die deutsche Situation heute zweifellos günstiger. Es gilt heute gleichzeitig, jetzt schon prophylaktisch den emporschießenden, durch einen Teil der Presse hochgetriebenen nationalistischen Ressentiments mit dem Mut zur Unpopularität entgegenzutreten. Diese Propaganda denunziert schon a priori den notwendigen Kompromiß als „Verzicht und Verrat“ und versucht damit die nächste Bundesregierung auf die Bahn eines nationalistischen Alleinganges zu zwingen, der nichts anderes sein kann als eine Flucht nach vorn, die in einer Katastrophe enden muß.

Diejenigen, die seit Jahr und Tag vor den Folgen der Bonner Politik gewarnt und unermüdlich eine Alternative gefordert und selbst vorgeschlagen haben, sehen ihre Konzeption heute bestätigt. Sie haben freilich dabei keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, zumal es ihnen bei den Bundestagswahlen noch nicht gelungen ist, eine wirklich ins Gewicht fallende Zahl von Stimmen zu gewinnen. Die Deutsche Friedens-Union als parteipolitische Sammlungsbewegung dieser Kreise ist nicht in den Bundestag eingezogen, obgleich sie als einzige bundesdeutsche Partei nach dem 17. September so wenig wie nach dem 13. August ihre Hefte hat revidieren brauchen. Es war von vornherein abzusehen, daß diese neue Partei mit ganz außerordentlichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen haben würde. Sie wurde von denselben Leuten vor dem 17. September systematisch verketzert, die unmittelbar nach dem 17. September auf einmal wie selbstverständlich von der Notwendigkeit deutscher Konzessionen etc. sprachen. Alle diese ungünstigen Umstände äußerer Art, insbesondere aber die jahrelange Täuschung der Bevölkerung durch die Bonner Propaganda, sind in Rechnung zu stellen, wenn man das Wahlergebnis beurteilen will. Gleichwohl wäre die DFU schlecht beraten, würde sie allein diese Faktoren bei ihrer „Manöver-Kritik“ berücksichtigen. Es bleibt das Problem der inneren Struktur dieser neuen Partei, es bleiben schwerwiegende personelle Hypothesen und anderes noch. Gerade weil auch jetzt, nach den Wahlen, die Opposition in der Bundesrepublik vor überaus wichtigen Aufgaben steht und die Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit ihrer politischen Arbeit besonders ins Gewicht fallen wird, gerade darum wird man von der DFU im Interesse dieser zukünftigen „konstruktiven Opposition“ auch ein gut Teil Selbstkritik erwarten müssen. Weit mehr als am Ausgang der Bundestagswahl selbst wird am praktischen Ergebnis dieser Gewissenserforschung der DFU sich erweisen, ob diese Partei geeignet ist, Anwalt und Instrument einer neuen deutschen Politik zu sein.

(Abgeschlossen am 2. 10. 61)

Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (II)

Zugang zum Verständnis des turbulenten und zeitweise mysteriösen Agierens der USA in den letzten Monaten der akuten Berlin-Krise findet man nur, wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, daß die USA bisher im Stadium der Neubildung einer militärischen Konzeption und einer außenpolitischen Strategie waren und erst in der Auseinandersetzung mit der Berliner und der Kubanischen Krise im Begriff stehen, zu festen Linien beider, der militärischen wie politischen Strategie, zu gelangen. Es ist ein schwieriger und verworrener Prozeß gewesen, der nun zu einem Abschluß gekommen zu sein scheint. Die einzelnen Phasen dieses Klärungsvorganges können hier nicht verfolgt werden, obwohl sie höchst aufschlußreich sind und Einblicke in den schwierigen und zu Zeiten umständlichen Prozeß der politischen Willensbildung in der amerikanischen Demokratie gewähren, die den Bundesdeutschen eine Lektion dafür hätten sein können, daß es mit dem sich „auf Vordermann ausrichten“ und den Kanzler-Präsidenten die Richtlinien der Politik ohne „advice and consent“ festlegen lassen nicht getan ist, wenn eine große Nation sich im Kampf um Sein oder Nichtsein behaupten will. Es kann hier nur in wenigen Zügen das Resultat der schwierigen Abklärung wiedergegeben werden.

Um was es dabei zunächst ging, charakterisierte vor längerer Zeit der bekannte Kommentator James Reston, — und es wäre auch dies für einsichtige bundesdeutsche Politiker instruktiv, weil die politische Kalamität in ihrem Bereich noch viel ärger ist. Die amerikanische Politik sei „out of balance mit der tatsächlichen politischen Machtsituation“. Sie bewegt sich in einer illusionären Wirklichkeit. Daher operiert sie mit Zusagen, „die wir nicht zu halten willens sind und die, wie unser besseres Urteil uns sagt, wir nicht halten sollten“. Das erste Erfordernis des Klärungsprozesses war somit die Anpassung der Politik an die tatsächliche Lage; das setzte eine Überprüfung der bestimmenden Züge und bewegenden Kräfte der politischen Realität voraus. Was Wirklichkeit ist, ist nicht nur unter Theologen, Philosophen und Weltkindern eine Streitfrage, die nie zu einer alle befriedigenden Antwort führen wird; auch über das, was die politische Wirklichkeit in einer bestimmten konkreten Lage ist, kommt es unter Politikern zu keiner Übereinstimmung, weil — wie bekannt — jeder seine vorgefaßten Meinungen und Wünsche in sie hineininterpretiert, nach dem bekannten Wort, daß nicht sein kann, was nicht sein darf; das man dahin ergänzen kann, daß etwas ist, weil es sein soll. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn hinsichtlich der grundlegenden Vorbedingung einer neuen Politik noch keine volle Übereinstimmung in USA herrscht, was nicht wenig zu dem verwirrenden Lärm einander widersprechender Meinungen beiträgt.

Das zweite, was zu überwinden war, ist die Direktionslosigkeit der bisherigen amerikanischen Politik, die Neigung, sich von Fall zu Fall durch den Strom der Ereignisse tragen zu lassen, zu improvisieren, to muddle through, wie die Engländer sagen, ohne deren eingeborenen und durch lange Erfahrung entwickelten Instinkt für das jeweils Angemessene zu besitzen, der die englische Politik, bisher wenigstens, befähigte, sich in ihrem „dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt“ zu sein. Die eigentliche Schwäche der amerikanischen Politik sei ihr „ständiges Hintreiben auf einem Meere von abgetragenen Platteiten“, hatte Walter Lippmann getadelt. Sie haftete vor allem der äußerlich allzu geschäftigen und in alle Winkel der Welt mit dem amerikanischen Besen hineinfuhrwerkenden Politik Dulles' an. Es war daher vordringlich, bestimmte Linien

einer auf längere Sicht festzulegenden Politik zu ziehen. Mit einer einleuchtend formulierten Doktrin oder Formel, wie sie bisher mehr der Phantasie der politisch Halbgebildeten als der Politik selbst die Richtung gaben, war es dabei nicht getan. Es bedurfte konkreter Vorstellungen über notwendige und mögliche Aktionen in einem voll entwickelten System politischer Strategie.

Ein drittes war notwendig. Trotz des scheinbaren Offensiv-Charakters der sogenannten Rückroß-Politik des Außenministers Dulles, die er aus der Truman-Doktrin und der „Eindämmungspolitik“ zu entwickeln unternommen hatte, war die amerikanische Politik seit Kriegsende ausschließlich defensiv. Sie war Reaktion auf die Aktion der Sowjets. Sie war restaurativ angesichts der leidenschaftlichen progressiven Bewegtheit der farbigen Völker. Sie war konservativ in einer Zeit einer großen allgemeinen Revolution. Ihr war der eigene frühe revolutionäre Geist völlig abhanden gekommen, der Aktivismus einer sich noch jung wissenden Nation. Amerika überließ die Initiative andern, vornehmlich der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten waren nicht imstande, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Es waren nicht sie, die in der Welt führten. Sie selbst waren die Getriebenen und vorwärts Gestoßenen. Daher des jugendlichen Präsidentschaftskandidaten ungeduldiges Wort: „Move, America, move“. „Vorwärts, vorwärts“. „Dieses Land ist bereit, aktiv zu werden. Ich werde es zur Aktion führen.“ Eine alte amerikanische Regel lautet: „In den Defensive sei so offensiv, als du kannst.“ Ihr folgend hat J. F. Kennedy in den letzten Wochen und Monaten gehandelt. Das erklärt die, viele Politiker anderer Länder irritierenden und irreführenden Formulierungen, mit denen verglichen, zum Erstaunen mancher, die der Eisenhower'schen Außenminister Dulles und Herter entgegenkommender und verhandlungswilliger waren. Welches sind demzufolge nun die wirklichen Linien der neuen Politik, wenn man von der offensiven und mitunter aggressiven Sprache und ihren pädagogischen und taktischen Motiven absieht?

Es ist in gewissen Kreisen der USA und nicht nur hier üblich geworden, den jugendlichen Präsidenten etwas über die Achsel anzusehen oder gar als einen „Versager“, eine „failure“ zu charakterisieren, der nicht wisse, was er wolle, inspiriert rede, aber zaudernd handle, der sich überall Rat suche, bei Vorgängern und politischen Feinden, und sich ein bedenkliches Armutzeugnis damit ausstelle. Nicht ist von der Wirklichkeit weiter entfernt als solches Bild eines hilflosen, unselbständigen, Anlehnung und Anregung suchenden Zauderers. Der Präsident ist an Statur gewachsen und zu einer staatsmännischen Gestalt gereift. Nicht daß ihm nicht Irrtümer unterlaufen wären und er nicht schwere Rückschläge erlitten hätte. Aber seine Gewissenhaftigkeit, das Verantwortungsbewußtsein und das Eindringen in das breite Detail der politischen Probleme stehen in der Geschichte der amerikanischen Präsidenten einzig da. Es ist er, der die politischen Zügel hält, und es ist er, der die politischen Ziele geseckt und die neuen Linien vorgezeichnet hat. Mit weit ausholender Taktik hat er es verstanden, gegnerische Positionen zu umgehen und Widerstände zu beseitigen und so seine anfänglich schmale Vertrauensbasis ständig zu erweitern. Indem der Präsident sich vorübergehend an die Spitze derjenigen Gruppen stellte, die eine „harte“ Politik verlangten, nahm er einem beträchtlichen Teil der auf einen Krieg hindrängenden Kräfte dadurch den Wind aus den Segeln, daß er sie mit der Realität des Krieges und dem Entschluß zu einem solchen konfrontierte. Indem er selbst seine Bereitschaft zu einem Kriege in den Vordergrund stellte, zugleich aber auch den vollen Ernst der wirklichen Lage enthüllte, brachte er das Gerede von appeasement, von Besänftigungspolitik dem Kommunismus gegenüber, nahezu zum verstummen und zwang die Leute, die, wie der Bürgermeister Brandt, unbekümmert um die Folgen nach „action“ schrien, näher zu bestimmen, was sie darunter verstünden.

Aber was will der Präsident wirklich? Arbeitet er nun auf einen Krieg mit Sowjetrußland hin, den er, wie viele seiner militärischen Mitarbeiter, für unvermeidlich hält, und versucht er nur, Zeit zu gewinnen und den Ausbruch der Krise zu verzögern? Bereitet er sich auf einen langfristigen kalten Abnutzungskrieg der zwei Weltlager vor? Oder wünscht und sucht er eine Verständigung mit Sowjetrußland, weil er sie für notwendig und möglich hält? Warum dann eine offensive politische Strategie? Warum neue, vermehrte Rüstungen? Außerlich gesehen läuft die bisherige Politik des Präsidenten auf vermehrte Reibungen, schärfere Zuspitzung von Konflikten, eine neue Phase des Rüstungswettlaufes und eine Verschärfung des Kalten Krieges hinaus. Wo blieben somit die Hoffnungen auf Entspannung, auf Verständigung? Hat der Präsident eine politische Kehrtwendung gemacht, seine frühere Meinung geändert, und ist er nicht nur taktisch vorübergehend, sondern wirklich an die Spitze jener Kräfte getreten, die, als die „power elite“ charakterisiert, in den großen Krieg hineinsteuern? Keine Frage: die weit ausholende Taktik des Präsidenten hat zu einem zweideutigen Ergebnis geführt. Der Präsident bereitet sich in der Tat auf zwei mögliche Entwicklungen vor; auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland und auf die Notwendigkeit eines in seiner Dauer und seinen Einzelzügen unabsehbaren Ringens mit den kommunistischen Mächten. Erste Voraussetzung dafür ist, sich von der furchtbaren lähmenden Alternative zu befreien, in jedem akuten Konflikt entweder klein begeben oder zur äußersten, zur Atomwaffe greifen zu müssen. Militärisch verlangt das, Mittel bereit zu stellen, die die Anwendung der Atomwaffe auf äußerste Krisen beschränken. Die Kennedy'sche Konzeption bleibt militärisch defensiv; sie ist politisch offensiv.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß der Präsident durch das Wiener Gespräch mit Chruschtschow in seinem Glauben an eine Verständigungs- und Entspannungsmöglichkeit gründlich erschüttert worden ist und daß seitdem die Vorstellung, sich auf ein hartes und langes Ringen mit den kommunistischen Mächten, statt einer von Rußland als möglich hingestellten, friedlichen Ko-existenz vorbereiten zu müssen, in den Vordergrund seiner Überlegungen und Maßnahmen getreten ist. Er sieht voraus, daß der sowjetisch-chinesische Druck auf die Machtpositionen des Westens nicht nachlassen wird. Es wird demnach notwendig sein, die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zu lokalisieren und ihren Austrag so zu begrenzen, daß es, wenn irgend möglich, weder unmittelbar noch in einem fatalen Automatismus der Steigerung der Mittel zu einem Atomkrieg komme. Trotz Zweifel und Bedenken ist jedoch der Präsident willens, nicht nur von Fall zu Fall kritischer Zuspitzungen zu einer friedlichen Beilegung mit Sowjetrußland zu kommen, sondern auf breiter Basis eine Verständigung und ein Ende des Kalten Krieges in beiderseitiger Anerkennung und Respektierung der Gleichberechtigung zu erreichen.

Die militärischen Maßnahmen brauchen hier im einzelnen nicht charakterisiert zu werden. Es genügt, festzustellen, daß das geradezu groteske Herumtaumeln und Gliederverrenken im Irrgarten der militärischen Konzeptionen (wobei die gestern vertretene heute von denselben Experten umgestoßen wird) endlich zu seinem Ende gelangt ist und die Theorie des „New Look“, die Strategie unter Eisenhower-Dulles mit ihrer einseitigen Betonung der im Laufe der Entwicklung völlig unglaublich gewordenen „massiven Vergeltung“, zu den Akten gelegt worden ist. Ob man die neue Konzeption eine „ausbalancierte Verteidigung“ nennt oder „kontrollierte Erwidern“, als „abgestufte Abschreckung“ bezeichnet oder die territoriale Begrenzung auf einen „kleinen Krieg“ in den Vordergrund rückt, das Entscheidende ist das Bestreben, den Einsatz der Atomwaffe auf den alleräußersten Fall eines Konfliktes auf Leben und Tod zu beschränken und damit in

solchem Zusammenhange wieder glaubhaft zu machen. Das leitende Prinzip ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn, „Minsk für Hartford“; jeder begrenzten Aktion der Gegners ist mit den entsprechenden Mitteln entgegenzutreten. Das setzt für den Austrag von Konflikten minderen Ranges die Bereitstellung anderer Mittel als die Atombombe voraus und schließt die Konzentration auf einen modernen „Druckknopf-Krieg“ aus. Die „konventionellen Waffen“ und Grundtruppen kommen wieder zu ihrem Recht. Es wird für die Westmächte notwendig, ihre Rußland, China und deren Verbündeten gegenüber zahlenmäßig weit unterlegenen, konventionell ausgerüsteten Grundtruppen erheblich zu verstärken, da der Gebrauch taktischer Atomwaffen sofort zum Einsatz strategischer durch den Gegner führen würde. Damit ist die Aufrüstung und Heeresvermehrung der Vereinigten Staaten nicht als ein vorbereitender Akt einer aggressiven Politik erklärt, sondern als eine wohl überlegte Maßnahme, der Menschheit die Zerstörungen durch einen Atomkrieg zu ersparen, wobei begrenzte Kriege in der Erwartung geführt werden sollen, daß, bevor es zum Einsatz der äußersten Waffe im kritischen Augenblick drohender Niederlage seitens der unterliegenden Seite kommt, Verhandlungen mit dem Ziel der Beilegung der Konflikte durch beiderseitige Zugeständnisse möglich werden. Inwieweit solche Hoffnungen illusionär sein können, soll hier nicht untersucht werden, wie wir auch auf eine Kritik an der Durchführbarkeit und Richtigkeit dieser Konzeption, besonders auf die europäischen Verhältnisse bezogen, verzichten. Die naheliegende Schlußfolgerung, daß angesichts der Massenvernichtungswaffen, die nicht auf Atombomben beschränkt sind und die nicht minder gefährlichen B- und C-Waffen mit einschließen, Kriege überhaupt nicht mehr als Mittel der Politik zulässig, wenn auch immer noch möglich sind, daß politische Probleme nicht länger mehr militärisch gelöst oder beseitigt werden können, ist in der gegenwärtigen kritischen Phase wohl ein Postulat der Vernunft, aber eine noch nicht realisierbare Maxime des praktischen Handelns. Es ist offensichtlich, daß diese neue militärische Konzeption und die Tatsache, daß die für sie erforderlichen konventionell ausgerüsteten Grundtruppen zur Zeit nicht zur Verfügung stehen, die Behandlung des Berlin-Problems und den Willen der USA, es dabei nicht hart auf hart und zum eventuellen Entschluß zu einem Atomkrieg kommen zu lassen, weitgehend beeinflußt haben.

Es ist interessiert hier nicht, wer der neuen Konzeption eigentlicher Urheber ist, ob General Maxwell Taylor, der frühere, frondierende Generalstabschef und Verfasser der „Unbestimmten Posaune“ (Uncertain Trumpet), der neue Verteidigungsminister McNamara, oder wer sonst noch dazu beigetragen haben mag: es genügt zu wissen, daß der Präsident es ist, der sie zur ausschließlichen Geltung gebracht und zum Mittel der Durchführung seiner politischen Strategie wie zur künftigen Richtlinie der NATO gemacht hat. Man folgt dem Präsidenten in USA wie im europäischen Westen, wiewohl nicht überall mit unbeschwertem Herzen. Mit einer Ausnahme: der bundesdeutsche Verteidigungsminister, Herr Strauß, erhob Einspruch. Er hatte sich nicht von modischen Doktrinen vom Wesentlichen ablenken lassen: erster Schuß der angreifenden Russen wird mit der Atomwaffe beantwortet. Jede Aufweichung dieses Automatismus weicht die Position der Bundesrepublik auf, macht sie unhaltbar. Ohne taktische Atomwaffen und die Entscheidung über ihren Einsatz durch den Oberbefehl der kämpfenden Truppe in vorderster Linie ist ein Krieg aussichtslos.

Herr Strauß hat recht. Vom Standpunkt der Bundesrepublik und ihres Sicherheitsbedürfnisses ist Herr Strauß völlig im Recht. Aber das deutsche Sicherheitsbedürfnis steht nicht an erster, sondern an letzter Stelle. Das war bereits vor acht Jahren einsehbar und hätte die Grundlinien der Politik bestimmen müssen. Die Strauß-Kissingersche-Kontroverse, ob die neue Strategie den an konventionellen

Waffen überlegenen Gegner nicht geradezu einlade, begrenzte Vorstöße zu unternehmen oder ob nicht umgekehrt die Unwahrscheinlichkeit eines atomaren Schlags angesichts der Gefährdung durch Gegenschläge eine solche Einladung sei, ist nicht viel gescheiter als die Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst dagewesen sei. Fest steht jedenfalls, daß in einem System abgestufter Abschreckung, in dem die Entscheidung, Beistand durch Einsatz der atomaren Waffe zu leisten, dem Ermessen der USA überlassen bleibt, eine militärische Sicherung der Bundesrepublik problematisch wird. Die Bedenken, die Strauß im Frühjahr gegen einen „Einschnitt“ zwischen konventionellen und atomaren Waffen vorgebracht hat, und sein Zweifel, daß dann jemals ein Zeitpunkt eintreten werde, an dem die Atomwaffe für die Integrität des Bundesterritoriums eingesetzt werden würde, bestehen zu Recht. Die neue amerikanische Konzeption könnte sich somit zu einer umstürzenden Änderung des Charakters der NATO wie anderer Verteidigungsgemeinschaften auswirken, in denen bisher die Gleichberechtigung der Mitglieder in der Sicherung ihrer territorialen Integrität galt. Jedenfalls ist die bisher geltende, ansprechende Formel der „Schild-Schwert“-Funktionen in der NATO bedeutungsvoll geworden.

Wie weit die strategische Planung der NATO durch die neue amerikanische Konzeption beeinflußt werden wird, muß dem Urteil unabhängiger Fachleute überlassen bleiben. Auch wenn es gelänge, eine von den europäischen Mitgliedern mit Ausnahme der Bundesrepublik finanziell schwer zu tragende schnelle Rüstungsvermehrung durch konventionell ausgerüstete Truppenverbände zahlenmäßig so zu verwirklichen, daß auch ein begrenzter, konventioneller Krieg für die Sowjetmacht und ihre Verbündeten ein zu großes Risiko darstellen würde, so bleibt doch das politische Bedenken bestehen, ob nicht dieses erste Anzeichen einer beginnenden Isolierung der USA und der Unterscheidung zwischen für sie und für die anderen Bundesgenossen tödlichen Bedrohungen eine ernste Gefährdung der Einheit der NATO sei. Das Bedenken meldete sich schon in dem Konflikt über das Mitspracherecht der europäischen Staaten im Einsatz der Atomwaffe, über die „Zwei-Finger-am-Abdruckhebel“-Frage, und das an, was man die „Atomschwelle“ nannte, mit dem Strauß'schen richtigen Einwand, daß, je höher sie gehoben, um so unwahrscheinlicher ihre Anwendung sein würde. Die ganze Diskussion ist heute gegenstandslos geworden; aber die Bedenken sind es nicht. Man wird Herrn Strauß, auch als Gegner, die Folgerichtigkeit seines Denkens innerhalb seines Aufgabenbereiches einer militärischen Verteidigung der Bundesrepublik nicht abstreiten können. Er hat in den USA bei seinem Besuch in diesem Sommer klein beigegeben. Der Frage, ob Westdeutschland Atomwaffen verlange, wich er aus. Daraufhin gestellt, ob er noch bezweifle, daß ein begrenzter Krieg in Europa möglich sei, antwortete er: man solle alles tun, den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten. Wir, an Herrn Straußens Stelle, hätten etwas anderes geantwortet. Wohlan, hätten wir gesagt, wir erkennen die triftigen Gründe an, daß die USA nicht ihre Städte wegen deutscher Interessen zerstören lassen wollen. Aber erlauben Sie dann auch uns, an unsere Städte zu denken und die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß keine ausreichende militärische Sicherung der Bundesrepublik mehr möglich sei. Lassen Sie uns statt unzureichenden militärischen Schutzes es mit politischen Sicherungen versuchen. Stimmen Sie einer durch internationale Verträge gesicherten Neutralität Deutschlands oder einer zentraleuropäischen Zone zu. Damit wäre uns und Ihnen geholfen. Sie wären einer Verpflichtung ledig geworden, die Sie nicht halten wollen und können. Wir aber gewinnen damit das karge Pflänzchen Sicherheit, das noch allenfalls in dieser dünnen Zeit wachsen kann ...

Die europäischen Glieder der NATO können sich auf die Dauer nicht der Er-

kenntnis verschließen, daß die Bedrohung durch einen thermonuklearen Krieg, in den sie gegebenenfalls durch außereuropäische Konflikte der USA mit den kommunistischen Mächten verwickelt werden könnten, gewaltige Gradunterschiede in der zu befürchtenden Zerstörung der einzelnen Länder zeigen wird. Während die großräumigen Staaten USA, UdSSR und China immerhin eine gewisse Chance haben, daß Reste ihrer Bevölkerung und Produktionsstätten erhalten bleiben, sind die engräumigen westeuropäischen Industriestaaten mit ihrer dichten Besiedlung und der räumlichen Massierung ihrer industriellen Anlagen mit wenigen Bomben für alle Zeit buchstäblich in einem Augenblick „vom Antlitz der Erde weg-gewischt“. Das muß in einer ernsthaften Krise, die das Berliner Problem bisher noch nicht heraufbeschworen hat, zu einer den amerikanischen Motiven in der Begrenzung des Einsatzes der Atomwaffe entsprechenden Überlegung der europäischen Westmächte führen, ob es für die eigene mit Sicherheit zu erwartende Vernichtung überhaupt zu haltende und Priorität beanspruchende Bündnisverpflichtungen geben könne.

Die Neuformulierung der militärischen Konzeption hat ihre bedenklichen Seiten. Sie enthält Widersprüche. Die Verstrickung in solche ist indessen unvermeidlich. Sie liegt in der Sache selbst. Das gilt für jede militärische Konzeption, jede „Lehre vom Krieg“ im Atomzeitalter. Es liegt in der Inkongruenz der Mittel und Ziele. Die Wirksamkeit der Mittel ist keine Gewähr mehr für die Erreichung der Ziele, sondern hobt sie auf. Aber die neue militärische Konzeption nimmt in der Politik Amerikas nicht mehr die erste Rangstellung ein, wie bisher seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist wieder einer politischen Strategie ein- und untergeordnet. Das ist das Neue, das ist ein großer Fortschritt und das Bedeutendste, das die Politik Präsident Kennedys bisher erreicht hat. Es ist den meisten Beobachtern der amerikanischen Politik entgangen. Eine politische Strategie, abgestützt durch eine ihr angemessene militärische Konzeption, statt wie bisher eine militärische Strategie, der die Außenpolitik Assistenz leistet: das ist der bisher entscheidende Zug der Kennedy'schen Politik. Die Aufgabe der militärischen Konzeption ist im wesentlichen eine defensive. Die Neuorganisation und Vervollständigung der Rüstung hat zum Ziel, für „wahrscheinliche“ Kriege gewappnet zu sein, statt wie bisher nur für einen „unwahrscheinlichen“ Krieg, einen Atomwaffen-Angriff, mit General Taylor's Unterscheidung. Es gilt, an jedem Punkt der Erde zu jeder Zeit bereit zu sein, Angriffe, Gewaltakte mit den jeweils angemessenen Mitteln niederzukämpfen und solcherweise etwaige Versuche, die Erosion der Machtsphäre des Westens durch eine Serie von örtlichen Kriegen und Putschen, einen Krieg „im Teilzahlungsgeschäft“, aufzuhalten; das aber ist durch den zur bloßen Drohung herabgesunkenen, weil der Löschung jedes Buschfeuers irgendwo in Hinterasien oder Zentralafrika völlig unangemessenen und deshalb mit Sicherheit nicht erfolgenden Einsatz „massiver Vergeltung“ nicht zu erreichen. Kennedy's Programm: „Bereit sein für einen Krieg“, das mit soviel Nachdruck in der Öffentlichkeit vorbereitet wurde, galt somit keineswegs vornehmlich oder gar ausschließlich der Berlin-Krise, sondern hatte allgemeine Bedeutung. Das trifft vor allem für die Bekundung der Entschlossenheit zu, notfalls nicht vor einem Atomkrieg zurückzuschrecken; nicht um „für Berlin zu sterben“, sondern, was immer der konkrete Anlaß sein möge, für den Fall, daß die Existenz der Vereinigten Staaten in Frage gestellt ist, ihre geschichtliche Identität andernfalls verloren ginge. Man wird diese Entschlossenheit, für die es keine konkrete Demarkationslinie gibt, sondern die wesentlich auf Imponderabilien gegründet ist, nicht bagatellisieren dürfen.

Ist somit das Ziel der militärischen Konzeption eine allen Eventualitäten angemessene Verteidigung, deren Kernstück nach wie vor für den äußersten Fall

die „massive Vergeltung“ des Atomschlages bleibt, so ist die politische Strategie um eine zentrale Idee offensiven Charakters organisiert. Damit begegnet der Präsident nicht nur republikanischer Kritik, seine neue Politik sei kein großer Wechsel gegenüber der von der demokratischen Partei kritisierten „Brinkmanship“-Politik des J. F. Dulles; sie zeige keine Lösung gegen nichtmilitärische Angriffe der Sowjets und Chinas, und böte keine Maßnahmen, um die Schicksalsgemeinschaft der Westmächte straffer zusammenzufassen. Der Präsident unterscheide vielmehr von vornherein zwischen den Aufgaben, die mit militärischen Mitteln zu erfüllen sind, die defensiven, von solchen, die durch politische Mittel, Verhandlungen, Verträge, Rechtsschöpfung, durch Kooperation allein erreicht werden müssen, die offensiven. Womit hervorgehoben wird, daß die Vereinigten Staaten keine militärische Offensive planen, wie ihnen häufig unterstellt wird und angesichts der militärischen Politik, die im Schwange war, nahe lag, und daß an keine Neuauflage der „Rückroll-Politik“ von J. F. Dulles gedacht ist, die durch militärische Überlegenheit zu erzwingen sucht, was allein durch politische Verträge erreichbar ist.

Es ist nicht zweifelhaft, daß das konstituierende Prinzip der politischen Strategie Kennedy's das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist. Mit diesem revolutionären Prinzip, das bereits von einem früheren demokratischen Präsidenten zum Kern seiner Politik gegen die Zentralmächte Deutschland, Österreich und die Türkei, zur Bildung einer Reihe von Nachfolgestaaten und zur Grundlage einer Friedensordnung der Nationen gemacht worden ist, glaubt der Präsident die politische Initiative und das Gesetz des Handelns für Amerika und den Westen zurückzugewinnen zu können. Es ist vorauszusehen, daß es auch der Kern der Vorschläge der USA in der Beilegung des Berlin-Problems und für einen deutschen Friedensschluß sein wird. Hat das Aussicht auf Erfolg? Ist das nicht ein Rückfall in Ideen und Vorstellungen einer verflossenen Zeit? Von Roosevelt wohlweislich im Zweiten Weltkriege nicht mehr aufs Tapet gebracht, weil es in die robuster gewordene Zeit der Aufteilung der Welt in Einflußsphären und hegemoniale Ordnungssysteme nicht mehr hineinpaßt, klingt schon seine Formulierung sonderbar weltfremd, dogmatisch und idealistisch angesichts der allseitigen Abhängigkeit und Schicksalsverflechtung der Nationen miteinander und voneinander, die selbst die Souveränität und die politische Willensbildung der Großmächte alter Rangordnung mit einer schweren Hypothek der Abhängigkeit belasten. Das Selbstbestimmungsrecht ist außerdem weder in gutem Gedächtnis derjenigen Mächte, die an der Aufrechterhaltung eines status quo ante interessiert waren oder sind, noch bei solchen, denen es beschnitten oder ganz vorenthalten war; denn es ist ein Prinzip, dem nach Meinung der Abhängigen nie Genüge getan, der Gewährenden aber immer an unrichtiger Stelle und zu frühzeitig Rechnung getragen wird. Zweierlei ist jedenfalls unbestreitbar. Es kann nicht als ein absolut geltendes Naturrecht und es kann nicht ohne eine gleichzeitige Verpflichtung zur Eingliederung in allgemein verbindliche Ordnungssysteme der Nationen verwirklicht werden. Es kann nicht im leeren Raum als ein Abstraktum konkretisiert werden; es ist nur in Anpassung an eine bestimmte konkrete Machtlage und daher durch andere Tendenzen gebrochen, immer nur annäherungsweise durchführbar. Wird es ohne Rücksicht auf die Grundlinie eines status quo in Anspruch genommen, dann wird aus einem Ordnungsprinzip ein Element des Umsturzes; dann wird es ein Mittel der Zersetzung, der Revolution oder Gegenrevolution. Es kann somit im doppelten Sinne verwandt werden, womit sich die Frage erhebt, in welchem Sinne und für welche Ziele Kennedy es zu verwenden beabsichtigt.

Die naheliegende Antwort wäre, daß es nach dem Vorbilde Woodrow Wilsons zu einem der Grundelemente einer umfassenden, den Kalten Krieg be-

endenden Ordnung der Nationen durch die Beseitigung von Konfliktstoffen in den Beziehungen der gegnerischen Mächtigkeitsgruppen, zur Beilegung nationaler Spannung und damit zu einem dauerhaften Frieden verwandt werden soll. Zahlreiche Nachrichten und Hinweise deuten jedoch auf die Möglichkeit einer anderen Verwendung hin. Es ist in den letzten Monaten und nicht erst in Verbindung mit Kuba viel die Rede davon gewesen, wie man kommunistische Regime stürzen könne, ohne einen allgemeinen oder auch nur begrenzten Krieg zu riskieren. Man kam dabei auf den Einfall einer „unkonventionellen Kriegsführung“ mit „subversiven“ Mitteln und Methoden durch besonders ausgebildete revolutionäre oder gegenrevolutionäre Kaderorganisationen, die nach dem Beispiel der „Kommandos“ des Zweiten Weltkrieges und der Untergrundkämpfer, der Maquis, die kommunistischen Herrschaftssysteme unterminieren und schließlich durch einen allgemeinen Massenaufstand stürzen sollte. Eine etwas romantisch und reichlich dilettantisch anmutende Idee, die indessen ernsthaft erwogen und in Zusammenhang mit der neuen militärischen Konzeption der „ausbalancierten Verteidigung“ und „kontrollierten Erwidern“ gebracht wurde und die einer kommunistisch subversiven Aktion an irgend einem Punkt die entsprechende Antwort geben soll. Wäre sie so als Defensivmaßnahme im Einsatz beschränkt, wäre dagegen kaum etwas anderes einzuwenden als ein Zweifel an ihrem Erfolg, der vieler anderer Vorbedingungen bedarf als des bloßen Trainings von Spezialtruppen in der Guerillataktik und der Partisanentechnik. Aber schon der Versuch in Kuba zeigte einen anderen Charakter und deutet auf weiter hinzielende Bestrebungen, die, wenn man Erfolg mit ihnen gehabt hätte, eine ungleich ernstere Krise heraufbeschworen haben würden, als es die Berlin-Krise ist. Im Dienste einer offensiven politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Umsturzelement anwendet, würde eine „unkonventionelle Kriegsführung“ mit subversiven Mitteln in größerem Maßstabe, etwa in Europa als „zentraleuropäische Freiheitsbewegung“, nicht mehr als Verteidigung gegen die kommunistische Weltrevolution oder -konspiration, sondern als Provokation, als Versuch einer gewaltvollen Änderung des derzeitigen Machtgleichgewichtes wirken und zu Entwicklungen und Verwicklungen führen, in denen es nicht bei begrenzten Kriegen mit konventionell ausgerüsteten Truppen bleiben würde, sondern die zu einem Atomkrieg führen müßten. Es würde auf sowjetischer Seite genau so den Atomkrieg unvermeidlich machen wie auf amerikanischer Seite die Rückdrängung und Einkreisung der USA in eine isolierte Position.

Man wird nicht bezweifeln dürfen, daß es in USA und anderwärts gewichtige Kreise gibt, die die Verwendung des Selbstbestimmungsrechtes gerade in solchem Sinne als politisches Sprengmittel im großen Maßstabe verwandt zu sehen wünschen und darin das einzig wirksame Mittel zum Sturz des kommunistischen Systems von innen heraus sehen. Dem amerikanischen Präsidenten wird man derartige Absichten nicht unterstellen dürfen, trotz seiner Billigung des Kuba-Abenteuers. Gerade der Ausgang, die schlechte Vorbereitung und die mangelnde Resonanz der Befreiungsaktion in der kubanischen Bevölkerung wird ihm die begrenzten Möglichkeiten subversiver Kriegsführung gezeigt haben. Sein Verantwortungsbewußtsein, sein nüchterner Realismus, seine Abneigung gegen alles Amateurhafte und sein scharfer Verstand werden ihn davon abhalten, das Selbstbestimmungsrecht anders als in einem klärenden und befriedenden Sinne und zugleich als Element echter Gewinnung von Nationen und neuer Völker zur Zusammenarbeit mit dem Westen zu verwenden. Nicht hinter dem Vorhaben, Guerilla-Kommandos aufzustellen, um einen Krieg im Dunkeln zu beginnen, steht, wie großspurig behauptet wurde, ein „ganz neues psychologisches Konzept des Krieges“, nämlich statt der Vernichtung von Völkern ihre Gewinnung, wohl

aber hinter einer politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht als einen geistigen Machtfaktor in der richtigen Verbindung und Einordnung statt in der Isolierung zu gebrauchen versteht. „In einem Zeitalter der Revolutionen ist die Herrschaft des Gesetzes die Rüstung des Konservatismus“, sagte Walter Lippman und fuhr fort, daß diese Herrschaft des Gesetzes das eigentliche Herz der Freiheit sei, das man nicht preisgeben dürfe, wenn man nicht zugleich die Macht wegwerfen wolle, der Revolution mit etwas anderem als bloß physischer Gewalt zu begegnen. Damit wandte er sich gegen diejenigen, die nach dem Scheitern der gegenrevolutionären Guerilla-Aktion in Kuba nach offener Intervention der Vereinigten Staaten gegen das Castro-Regime riefen. Die Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes darf nicht zu einer Intervention gegen bestehende Regime werden, zu keiner direkten noch indirekten. Es ist anzunehmen, daß der Präsident diese Schlußfolgerung aus der Kritik des ihm nahestehenden politischen Denkers gezogen hat.

Damit wären wir wieder zu der Berliner Krise zurückgekehrt mit der Frage, in welcher Weise die Westmächte ihre Vorschläge zu einer Beilegung des Streites über Berlin und eines Friedensschlusses mit Deutschland auf der Grundlage der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes präsentieren werden. Die Deutschen selbst sehen eine solche ausschließlich als Intervention der Westmächte in bestehende, die Selbstbestimmung ausschließende Macht- und Ordnungselemente staatlichen Charakters und hoffen auf eine solche nicht nur, sondern fordern sie in der naiven Annahme der Allmacht der USA, des Glaubens, daß es nur des guten Willens der Amerikaner bedürfe, um ihnen die „Einheit in Freiheit“ und die Revision der Oder-Neiße-Linie noch dazu auf dem Präsentierbrett darzureichen. „Nicht zum zweitenmal den Abfall vom Selbstbestimmungsrecht zu begehen und die offene Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes zuzugestehen“, hatte Bundesverteidigungsminister Strauß in USA gewarnt.

Was haben wir demnach von Verhandlungen zu erwarten? Wir müssen uns hier kürzer fassen, als es der Wichtigkeit der Sache entspräche. Aber es wird nach den Wahlen noch Gelegenheit geben, ausführlicher darauf hinzuweisen, was etwa von deutscher Seite selbst noch geschehen könne und nur noch durch deutsche Initiative überhaupt noch geschehen könnte, um aus einer völlig ausweglosen Lage noch zu retten, was als Ansatz für eine bessere Zukunft rettenswert ist; es sei denn, daß die Erklärung eines Notstandes, das Verbot nicht-konformistischer Presseorgane als „staatsfeindlich“ Kirchhofsschweigen über die Bundesrepublik verhängt und uns verbietet, unsere Warnungen den wirklichkeitsfremden Warnungen und Forderungen bundesdeutscher Minister und Kanzlerkandidaten gegenüberzustellen.

Wir sind am Ende der Illusionen. Wir sind auch aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende der Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik. Ein tiefer Riß beginnt sich in der Politik beider zu zeigen, den wieder zu schließen auch dem taktischen Geschick und dem Charisma des alten Kanzlers nicht gelingen wird. Denn kein denkender und urteilsfähiger Mensch in der Bundesrepublik kann sich der Einsicht verschließen, daß die Adenauer'sche Politik gescheitert ist und daß das deutsche Volk durch eine von Grund auf falsche und sogar verwerfliche Politik, die nach der Hitlerepoche nicht hätte unternommen werden dürfen, um frühere Möglichkeiten einer erträglichen Existenz gebracht worden ist. Der Riß und die Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und den USA wird durch die schließlich unvermeidliche Erkenntnis nicht geringer werden, daß die Deutschen nicht nur für ihre eigenen früheren und gegenwärtigen Fehler, sondern auch für die Irrtümer, Schwächen und Illusionen ihrer Verbündeten die Zeche zu zahlen haben werden. Der Riß wird sich um so weniger schließen, je mehr die Deutschen

erkennen, daß die Beziehungen des amerikanischen Präsidenten zu den deutschen Problemen auf rein nüchternen Zweckmäßigkeitserwägungen gegründet sind und jeder Wärme ermangeln, daß er an dem Selbstbestimmungsrecht etwa der Polen sehr viel wärmeres Interesse nimmt als an dem der Deutschen.

Es ist nicht schwierig, vorauszusehen, daß, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht zum Rahmen oder zur ideologischen Basis eigener Gegenvorschläge zu den russischen machen, dies nur in den Grenzen einer möglichen Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse und realen politischen Fakten geschehen wird. Es kann nicht ausbleiben, daß dies im vollen Gegensatz zu den Erwartungen und Zielen der bisher verfolgten Politik der Bundesrepublik stehen wird. Bitter rächt es sich, daß ein Jahrzehnt hindurch die öffentliche Meinung falsch unterrichtet wurde, noch bitterer rächt sich eine einseitige Machtpolitik, die nur auf erborgter Macht begründet war und jedes Augenmaß für die realen Verhältnisse verlieren ließ. Wären die Deutschen durch Schaden klug und durch tragische Erlebnisse politisch weise geworden — und mindestens hätte es dem Alter geziemt, weise zu werden —, so hätten sie um der Zukunft willen den Versuch der Amerikaner, wenigstens den Anschein zu retten, daß es in Berlin und in der Regelung der deutschen Frage nicht zu einem Rückzug oder einer Preisgabe kommt, unterstützt, statt ihn in plumper Weise bloßzustellen. Die Deutschen hätten erkennen sollen, daß es ihr eigenstes Interesse ist, wenn die USA nicht vor die Alternative offener Preisgabe und politischer Niederlage oder Atomkrieg gestellt werden. Denn es bedeutet für sie selbst die Alternative totalen Unteranges oder einer nicht mehr nur militärisch, sondern auch politisch schutzlosen Lage einer Macht gegenüber, die sie selbst in Verblendung zu ihrem Todfeind erklärt haben.

„Geordneter Wandel“ sei der Schlüssel für ein vernünftiges Überleben, hatte Senator Mansfield, einer der einflußreichsten und weisesten Politiker Amerikas, gegen den Vorwurf erwidert, er treibe Besänftigungspolitik, appeasement. Senator Mansfield ist in der Bundesrepublik von oben herab geringschätzig abgekanzelt worden; so ist es Senator Fulbright, den wir wiederholt zitierten, und das nicht in üblichen Adenauer-Blättern, sondern in vergleichsweise noch unabhängigen Blättern wie „Die Zeit“. Was denken eigentlich die Bundesdeutschen, was sie sind und was sie politisch vermögen? „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Was bleibt in dieser ausweglosen Lage anderes übrig, als in Geduld und Selbstüberwindung in kleinen, in aller kleinsten Schritten versuchen, den Weg zum Besseren zu gehen; einen halben Schritt vor und einen viertel wieder zurückzutun zu müssen? Was bleibt anderes übrig als der Versuch „geordneten Wandels“ im einzelnen, im Konkreten?

Nicht nur die Zeit der Illusion ist um; nicht nur die Politik der erborgten Stärke ist an ihr logisches Ende gelangt, nicht nur die Identität der deutschen mit der amerikanischen Außenpolitik bricht auseinander. Das Adenauer-Regime ist am Ende, mag der Kanzler noch einmal einen Wahlsieg erreichen oder nicht. Denn auch die Zeit ist zu Ende, während der die Deutschen aus dem Konflikt der Westmächte und des Ostens Vorteile zogen. Von ihm lebte das Regime Adenauer. Was nun noch übrig bleibt, ist, dem abermaligen Zusammenbruch aller Hoffnungen standzuhalten, um, wenn sich der Staub gesetzt hat, zu sehen, was noch aus eigener deutscher Initiative geschehen könne. Nicht der Mächtige wird siegen, nicht der, der sich auf Gewalt verläßt, wird ausdauern, sondern der die große Geduld geistiger und moralischer Überlegenheit besitzt. Die Friedfertigen werden das Erdreich erben. Das wäre von Rechts wegen Hoffnung und Richtlinie einer sich auf das Christentum gründenden Demokratie gewesen, statt andere zu richten und vernichten zu wollen und in anderen das Böse verkörpert zu sehen,

wo man selbst in Sünde bloß stand. „Einen Menschen töten, heißt niemals eine Lehre verteidigen, sondern einen Menschen töten“, hatte der große Humanist *Castellio* einst gelehrt. Sollte es nicht noch mehr von der Vernichtung ganzer Völker in der Verteidigung der eigenen Lehre und Ordnung gelten? Auch die Zeit der Kreuzzüge ist vorbei. Alte Leute sollten nicht für Kriege sein, die die Jugend auszukämpfen hätte, sagte unlängst voll Bitterkeit *Walter Lippmann*.

Dr. Rudolf Hilf

Weder Wiedervereinigung noch Sicherheit

„Die Antwort kann nur sein, daß die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein.“ (Franz Josef Strauß in seinem Artikel „Glaubhafte Sicherheit durch Abschreckung“ in der Zeitschrift „Außenpolitik“.)

Vor dem Scherbenhaufen der Hoffnungen

In diesen Tagen, Wochen und Monaten beginnt ein großes Zerbrechen. Zerschlagen, in Stücke gebrochen und auf den Abfallhaufen gekehrt werden die Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik.

Zuerst einmal zersplittert da, was man als gradlinige Fortsetzung der Politik des nationalsozialistischen Staates ansprechen kann: das Vertrauen in die angeblich höchste Macht der Geschichte: in die Gewalt. Lassen wir allen ideologischen Firlefanz des Dritten Reiches beiseite: sein harter und realer Kern bestand in dem Glauben an die physische Macht und die Anbetung der Gewalt. Diese unsere Gewalt ist im Jahre 1945 von noch stärkerer Gewalt gebrochen worden. Als dann einige Jahre später wieder ein deutscher Staat entstand, versuchte er keineswegs, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, aus unserem Zusammenbruch neuen Sinn zu gewinnen. Vom Ursprung her stellte er sich einer Politik zur Verfügung, die genau so phantasielos die Gewalt für das Fundament und die ultima ratio hielt. Die ganze Umkehr bestand darin, daß man die westliche Demokratie der Interessenverbände und Parteicliquen einführte und daß man sich das Mäntelchen eines Christentums umhing, aus dem bereits jedes echte, die Wirklichkeit gestaltende Leben gewichen war. Die Realität dieses neuen deutschen Staates aber wurde das Vertrauen in die Macht eines die halbe Welt umspannenden Militärbündnisses, wiederum der Glaube, daß die Gewalt in der Lage sei, die deutsche Zukunft zu sichern. Wir werden nun zum zweiten Male — wenn auch noch nicht im Ausmaß einer neuen militärischen Katastrophe — erleben müssen, wie dieser Glaube an die Gewalt gebrochen wird.

Zusammenbrechen werden damit gleichzeitig unsere Hoffnungen auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, unsere Erwartungen eines Friedens, der uns Verlorenes wiedergibt, und schließlich wird auch für diejenigen Bundesbürger und Politiker, die diesen westdeutschen Staat als die Quintessenz der deutschen Geschichte ansehen und glauben, sich hinter seinen Grenzen auf ein dauerhaftes geruhames Leben einrichten zu können, die letzte Illusion, die der Sicherheit, in Stücke gehen.

Die Bundesrepublik steht vor einem Scherbenhaufen unerfüllter Hoffnungen.

Die Fragestellung

Geistig werden wir damit in der Geschichte wieder auf den Nullpunkt der deutschen Niederlage von 1945 zurückgeworfen.

Wir haben die Frage, die uns damals gestellt wurde — nicht von den Siegern, sondern von unserer eigenen Geschichte — nicht beantwortet. Vielleicht wollten wir sie auch nicht hören. Vielleicht aber konnten wir sie damals auch gar nicht beantworten. Unser Zusammenbruch rief nach dem radikalen Umdenken, nach der großen geistigen Umkehr; die Verzweiflung, in die uns unser eigenes Handeln gestürzt hatte, wollte die dialektische Bewegung einer neuen, alles umwertenden Sinngebung. Aber da waren die sogenannten Sieger. Sie kamen mit fertigen Rezepten. Sie wußten genau, was gut und böse, falsch und richtig war — und sie waren nicht besser als wir alle. Was ein echter Neuanfang, ein neues „aus sich rollendes Rad“ hätte sein können, wurde zur lakaienhaften Übernahme von Klischees, die uns die neuen Herren präsentierten.

Bevor die Frage überhaupt gestellt wurde, waren die fertigen Antworten da. Nur: es waren nicht unsere eigenen Antworten auf eine Frage, die unser Schicksal an uns gerichtet hatte.

Die Frage ist: Was gibt unserer Existenz in dem Strom der Ereignisse, die wir Geschichte nennen, neuen Sinn? Die Frage, aus unserem Zusammenbruch erwachsen, schließt in sich die Ablehnung, die radikale Ablehnung aller bloß restaurativen Bestrebungen. Das können die nicht verstehen, die das Dritte Reich Hitlers oder vielleicht gar nur einen Teil seiner Politik als eine Art vermeidbaren Betriebsunfall betrachten. Für diese Leute ist es sehr einfach: sie fangen dort an, wo sie 1933 aufhören mußten. Die Frage braucht hier gar nicht gestellt zu werden, denn die Antwort ist ja seit Jahrzehnten bereits vorhanden (wenngleich ihr auch ein durchaus merkbarer Modergeruch anhaftet).

In einer Welt, die sich in einem sich ständig beschleunigenden revolutionären Umbruch befindet, in einem reißenden Strom, von dem man fühlt, daß er immer schneller auf einen engen Durchgang zutreibt, hinter dem Ruhe und Sicherheit eines die Himmel spiegelnden weiten Meeres oder auch ein alles verschlingender Abgrund warten kann; in dieser Welt haben die Deutschen, die in einer gewissen Freiheit über ihren Weg entscheiden konnten, einen Staat nach den Maßstäben des vorigen Jahrhunderts aufgebaut, wie er spießiger, egoistischer und zwergenhafter kaum gedacht werden kann. Fürwahr, es ist wie ein böser Witz der Geschichte: Millionen mußten sterben, eine Welt erhob durch uns die Waffen gegeneinander — und dann: dieses Ergebnis!

Diejenigen Menschen unseres Volkes, die diesen Staat schufen, handelten aus zwei Motiven heraus: einmal erfüllten sie einen Auftrag der westlichen Siegermächte, der darin bestand, das Vakuum in Zentraleuropa aufzufüllen und eine feste Stellung gegen den Osten zu errichten; zum anderen glaubten sie, mit dem Aufbau eigener Macht und der Rückendeckung des großen Bündnisses der einen Welthälfte zu dem vorhitlerischen Ausgangspunkt der Wiedererrichtung des deutschen Nationalstaates zurückkehren zu können.

Sie wollten gleichzeitig dabei dem Schicksal der Mitte entfliehen, das soviel Leid und Unglück über das deutsche Volk gebracht hatte. Dies war ihre Schlußfolgerung aus 1945. Nach Lage der Dinge hieß dies, für die eine oder für die andere Welthälfte, wie sie aus diesem Krieg entstanden waren, zu optieren. Die notwendige Konsequenz dieser Option mußte zuerst die Teilung des Volkes sein und schließlich an Stelle der gewünschten Sicherheit und Ruhe: äußerste Unsicherheit.

Diese Früchte der deutschen Nachkriegspolitik reifen nun in diesen Tagen. Sie sind nicht böse Zauberei von Chruschtschow, sondern entspringen unseren

eigenen Handlungen, unserem Tun und unserem Unterlassen. Die Wochen vor der Wahl zum neuen Bundestag haben eine geradezu beispiellose Verlogenheit und Vernebelung der Tatsachen aufgezeigt. Es ist daher sicher gut, den Propagandadunst nun zu zerstreuen und die Fragen, die die deutsche Politik heute bewegen — nämlich die der Wiedervereinigung, die der gerechten Grenzen, die der Sicherheit — im Zusammenhang mit einer harten Wirklichkeit aufzuzeigen, die wir nur überwinden und verändern können, wenn wir zuvor einmal den Mut besitzen, uns ihr überhaupt zu stellen.

Möglichkeit und Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung

Um zum Kern vorstoßen zu können, müssen wir beginnen, von außen eine Schale nach der anderen zu lösen, anderenfalls verrennen wir uns in Behauptungen und Forderungen, die mit der Realität nicht übereinstimmen oder die wir nicht weiter erklären können und die damit zu Glaubenssätzen werden.

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hatte sich bereits die künftige Teilung dieses Landes in eine westliche und östliche Machtsphäre entlang den militärischen Demarkationslinien in der letzten Kriegsphase abgezeichnet. Als das einigende Band des gemeinsamen Gegners nicht mehr vorhanden war und die natürlichen Gegensätze immer offener zutage treten mußten, wurden West wie Ost zum erstenmal vor eine Wahl gestellt, auf die wohl eine Antwort gegeben wurde, die aber trotzdem bis heute das Problem nicht gelöst hat. Nach über einem Jahrzehnt stehen wir genau wieder vor derselben Frage — was beweisen könnte, daß die damalige Antwort falsch war.

Die Entscheidung, um die es ging und um die es auch heute geht, heißt:

Dient es dem Frieden und der Sicherheit der Welt, wenn das Land, das in einem Menschenalter allein durch seine Existenz zwei Weltkriege hervorgerufen hat, auf unabsehbare Zeit zwischen West und Ost aufgeteilt bleibt, oder soll man es wagen, aus Deutschland abzuziehen und damit dieses Volk in eine neue politische Freiheit zu entlassen, von der man nicht weiß, wozu es sie gebrauchen wird?

Die Entscheidung fiel für die Beibehaltung der Teilung. Nicht nur wegen des Mißtrauens gegenüber den Deutschen, sondern vor allem auch, weil das Ringen um den Besitz des zentraleuropäischen Entscheidungsraumes bereits jeden Ansatz eines Kompromisses zwischen West und Ost zu vergiften begann. Der Osten wäre in den ersten Nachkriegsjahren wohl am ehesten bereit gewesen, seine Zone — das kleinere Stück Deutschland — aufzugeben, um dafür Einfluß auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland einzutauschen. Stalin versuchte noch in seinen letzten beiden Lebensjahren, diese Entwicklung einzuleiten. Dem Westen und seinen deutschen Satelliten aber mangelte jedes Selbstvertrauen, auf ein großes Spiel in diesem Sinne einzugehen. Im Besitz des größeren Teiles des deutschen Kuchens war er zudem — im Gegensatz zum Osten — saturiert. Sein Deutschland war groß genug, die westeuropäisch-atlantische Front in Zentraleuropa zu stabilisieren. Und um etwas anderes ging es nicht.

Die Bundesrepublik, die also als militärische westliche Satrapie entstand, konnte aber zugunsten dieser Aufgabe die deutsche Geschichte nicht völlig über Bord werfen. Sie erklärte sich selbst in ihrem Grundgesetz als Provisorium und setzte sich als oberstes Ziel die Wiedervereinigung der Nation.

Beide Ziele — die reale Aufgabe der westlichen Festung in Zentraleuropa gegen den Osten und die Wiedervereinigung des Volkes in einem neuen Gesamtdeutschland — schließen einander aber ganz und gar aus. Wie ein angelsächsisches Sprichwort sagt: Man kann nicht ein Omelette essen wollen und dabei die Eier ganz lassen.

Wenn man es anders nennen will: die Bundesrepublik krankt an einer inneren Lüge, die ihre Existenz bis ins Mark vergiftet. Ein Jahrzehnt hindurch hat man bewußt das Volk in dieser Kardinalfrage betrogen. Die Politik Chruschtschows wird nun westliche wie westdeutsche Politiker in dieser Hinsicht zum Offenbarungseid zwingen — und das ist gut so. Denn: es kann keine Wendung zum Guten geben, solange der Nebel von Illusionen, Lügen und Selbsttäuschungen, die die Wirklichkeit unserer deutschen Frage verhüllen, nicht zerstreut und weggeblasen worden ist.

Was sind die Tatsachen?

1. West und Ost stehen sich heute nuklear bewaffnet gegenüber. Jeder kann den anderen substantiell vernichten, aber diese Vernichtung schließt jeweils den eigenen Selbstmord mit ein. Das Ergebnis ist, daß keiner den anderen in Fragen zu einem Nachgeben zwingen kann, in denen die eigene Substanz, das eigene Überleben, bzw. das entscheidende Umwerfen des weltpolitischen Gleichgewichts auf dem Spiel steht.

2. Mit jeder Lösung des deutschen Problems aber kann das weltpolitische, ohnehin sehr prekäre Gleichgewicht äußerst gefährdet werden. Um nur die beiden Extreme zu betrachten: würde Gesamtdeutschland kommunistisch, so würde ganz Europa zusammenbrechen; nach Lage der Dinge im afro-asiatischen und latein-amerikanischen Raum wären die USA isoliert und stünden nur noch vor der Wahl, atomaren Selbstmord zu begehen oder den unaufhaltsamen Einbruch des Ostens überall in der Welt hinzunehmen. Würde Gesamtdeutschland westlich orientiert, so würde die östliche Ideologie bei den 17 Millionen Deutschen des östlichen Staates eine derartige psychologische Niederlage erleiden, daß davon der mittelost-europäische Satellitenraum der Sowjetunion wahrscheinlich in Flammen aufgehen würde. Nur eine sowjetische Regierung, die die Absicht hat, nach innen und außen Selbstmord zu begehen, kann sich auf einen solchen Kurs einlassen. Die Schlußfolgerung: Das deutsch-westslawische Zentraleuropa und Deutschland insbesondere sind nach wie vor der Entscheidungsraum Nr. 1 in der Welt, ungeachtet der zeitweiligen Ohnmacht der dort lebenden Völker. In diesem Entscheidungsraum kann keine Weltmacht die andere zu einer Kapitulation zugunsten ihres jeweiligen Deutschland zwingen, ohne den festen Willen zu haben, sofort dafür mit Mann und Maus zu sterben.

3. Wenn die Bundesrepublik daher von einer Politik der Wiedervereinigung spricht und gleichzeitig ihren Willen zu einer immer stärkeren Integration in den Westen kundgibt, so ist eines dieser beiden Ziele Lüge oder Selbsttäuschung. Die Politik von Bonn ist dann richtig, wenn man als Deutscher auf alles östlich der Grenzen eben dieser Bundesrepublik Verzicht leistet. Also: auf die Wiedervereinigung unseres Volkes, auf die Ansprüche der Vertriebenen und auch auf Westberlin. Verzichtet man auch nur auf eines von den dreien nicht, so ist die Politik der Bundesrepublik von Anfang an falsch.

Denn es ist doch ganz klar und logisch: Jedes der drei Ziele kann real nur dann angestrebt werden, wenn wir bereit sind, mit dem Osten einen Kompromiß zu suchen, der voraussetzen und einschließen muß, daß die Bundesrepublik eben nicht ihre raison d'être darin findet, an der Front der einen Weltmacht gegen die andere teilzunehmen.

Umgekehrt: wenn die Bundesrepublik daran festhält, daß sie Festung und Waffe der einen Weltmacht gegen die andere ist, so kann sie tausendmal von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“, von Selbstbestimmungs- und Heimatrecht und dem Leuchtturm Westberlin deklamieren, die realen Konsequenzen können nur sein:

a) daß die Teilung immer tiefer und furchtbarer wird,

b) daß die Ansprüche der Vertriebenen endgültig aus der Geschichte gestrichen werden, und daß

c) Westberlin schrittweise verlorengehen muß.

Das ist das Fazit der Bonner Wiedervereinigungspolitik, die von Anfang an nicht viel mehr als eine Lüge, bestenfalls ein Selbstbetrug war. Wie konnte es anders ausgehen? In dem Moment, als klar war, daß Bonn zu keinerlei Disengagement der Weltmächte in Zentraleuropa seinen Beitrag leisten würde (aus Angst, den westlichen Schutz zu verlieren, und damit letztlich aus Mangel an Selbstvertrauen), in dem Moment, als gewiß war, daß Bonn an seiner Rolle einer westlichen Militärbastion festhalten würde, in dem Moment, als es aber gleichzeitig gegen den Osten seine Forderungen auf Wiedervereinigung etc. erhob und der Osten annehmen mußte, daß dieses Westdeutschland mit Rückendeckung des Westens darauf aus war, ihm eine entscheidende Niederlage in Zentraleuropa beizubringen, — in diesem Moment konnte der Osten gar nicht anders handeln, als seinen deutschen Staat als Gegenbastion aufzubauen und dort, wo ihn das Vertrauen der Bevölkerung nicht trug, Zwang einzusetzen.

In der Geschichte zählen die Ergebnisse, nicht die Wünsche. Die Ergebnisse der Bonner Teilnahme an der Frontpolitik der einen Weltmacht gegen die andere liegen nun vor. Sie bestehen in einem zweiten deutschen Staat, in der Anerkennung der durch die Vertreibung geschaffenen neuen Grenzen und in einer tödlichen Gefahr für Westberlin.

Seit der ersten Berliner Blockade mußte man wissen, daß diese Insel nur dann zu halten sein wird, wenn man

entweder eine neue Politik des west-östlichen Disengagements in Zentraleuropa sucht und die Berlin-Frage damit in einen größeren Ausgleich einbaut,

oder wenn man stark genug ist, gegen den Osten einen begrenzten oder auch unbegrenzten Krieg zu führen.

Seitdem der Osten an Kernwaffen mit dem Westen gleichgezogen und in der Raketenwaffe sogar eine Überlegenheit erreicht hat, seitdem sein immer vorhandenes Übergewicht an konventioneller Rüstung ungehindert zum Tragen kommt, seitdem gerät Westberlin in einen tödlichen Griff.

Es geht dem Osten nicht in erster Linie um diese Stadt; dazu wäre eine solche Krise von diesen Ausmaßen nicht notwendig. Was der Osten will, ist: den Westen zu zwingen, seine Deutschlandpolitik und die von Bonn als das zu enthüllen, was sie immer gewesen ist: eine Politik der Teilung. Die Stadt ist lediglich der schwächste und damit strategisch-politisch günstigste Ansatzpunkt. Der Westen hat die Wahl, entweder zu kämpfen, und zwar in einem Zustand klarer Unterlegenheit, was den zentraleuropäischen Raum anbetrifft, oder aber eine Weltblamage einzustecken, dadurch, daß er schrittweise zurückgetrieben wird, oder aber, um beides zu vermeiden, den Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik von Wiedervereinigung, Grenzen von 1937, Heimatrecht etc. selbst das Grab zu schaufeln.

Die Lügen und Phrasen, die Selbsttäuschungen und die geborgte Stärke werden fallen, und die bisherige Teilungspolitik wird nackt und bloß ohne jede Hülle dastehen.

Bedeutet dies alles, daß eine Wiedervereinigung unseres Volkes ein für allemal oder zumindest auf absehbare Zeit unmöglich geworden ist?

Darauf kann man sowohl mit einem Ja als auch mit einem Nein antworten. Absolut unmöglich ist sie geworden, wenn wir auch künftighin davon ausgehen, daß dieser westdeutsche Staat Instrument Washingtons gegen Moskau zu sein hat.

Unmöglich ist sie auch, wenn wir uns der Illusion hingeben, daß für ein militärisch und außenpolitisch neutrales Gesamtdeutschland Moskau seinen deutschen Staat aufgeben würde. Nicht nur Bündnisse und Stützpunkte zählen als Faktoren des weltpolitischen Gleichgewichts im zentraleuropäischen Entscheidungsraum, sondern genau so sehr oder mehr noch die Gesellschaftsordnungen. Unmöglich ist die Wiedervereinigung generell, wenn wir sie als Selbstzweck anstreben.

Denn: wir nehmen mit unserem Volk nicht nur an der machtpolitischen Teilung dieser Erde in West und Ost in einem besonders prekären Entscheidungsraum teil, wir werden auch wie kein Volk unter diese Spannung gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen gestellt, und schließlich ist es bei uns, wo der Zwischenzustand, den man fälschlicherweise Frieden nennt, der härtesten Belastungsprobe ausgesetzt wird.

Wenn die deutsche Politik neuen Sinn gewinnen soll, so kann er weder darin bestehen, daß wir auf unsere eigene Seele Verzicht leisten und an der einen oder anderen Weltfront teilnehmen und damit den Graben zwischen den Menschen (nicht nur zwischen unserem Volk allein) immer tiefer aufreißen. Er kann auch nicht darin bestehen, daß wir, so als ob nichts gewesen wäre, einfach zu einem vorhitlerischen Zustand zurückkehren und die Restauration des deutschen Nationalstaates in diesen oder jenen Grenzen nun weinerlich oder trotzig bei West und Ost einklagen. Der neue Sinn kann nur bedeuten, daß wir eine konsequente Umwertung vollziehen, daß wir erkennen: wir haben unser Schicksal der Mitte bisher falsch aufgefaßt. Wir wollten von dieser Mitte aus unser Imperium nach West und nach Ost ausdehnen und über andere Völker herrschen. Das Ergebnis war, daß West und Ost in diese Mitte eingebrochen sind und sie aufgehoben haben. Letztlich aber zu ihrem eigenen Schaden, wie sie beide merken werden. Denn sie sind nun mit diesen Fragen der Mitte belastet worden, die von ihrem jeweiligen Standpunkt her nicht lösbar sind, mehr noch, sie sind mit ihrer Macht und Ohnmacht nun so in der Mitte verzahnt und verbissen, daß die Katastrophe geradezu unabwendbar erscheint. Falsch ist es und jämmerlich, wenn wir selbst diesem Schicksal der Mitte entfliehen wollen. Wir können es nicht, wir werden immer zurückgestoßen werden. Was uns bleibt, ist allein, den Auftrag, den uns diese Mitte gibt, in einen neuen Geist zu fassen. Wir müssen begreifen, daß dies heißt:

Uns mit unserer ganzen Existenz dafür einzusetzen, daß an diesem intensivsten Berührungspunkt der beiden Teilungsmächte der Welt der Frieden gewahrt wird. Das will besagen, daß wir einmal jede Politik unterstützen müssen, die dem Abbau der Spannungen in Zentraleuropa dient: von der atomwaffenfreien Zone über den Abzug der nicht-zentraleuropäischen Truppen bis zur international kontrollierten Zone beschränkter Rüstungen. Das bedeutet weiter, daß wir versuchen müssen, an Stelle des Kalten Krieges die schrittweise Kooperation der zentraleuropäischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur zu setzen. Unser Ziel soll es nicht sein, Grenzen zu verändern, sondern in ihrer Bedeutung zu vermindern, Mauern niederzulegen, Gräben zuzuschütten. Das heißt nicht, daß wir uns in der Illusion wiegen, nur mit der Friedenspalme wedeln zu brauchen, und alles werde sich in Wohlgefallen auflösen. Die Auseinandersetzung mit der östlichen Gesellschaftsstruktur bleibt uns ebenso wenig erspart, wie auch der Osten sich auf die Dauer nicht vor jeder Zugluft durch hermetische Absperrung wird schützen können. Die Welt strebt doch in revolutionären Zuckungen, aber in ungeheuer raschen Bewegungen zueinander: sie will Einheit werden, und es würde sehr töricht und in sich selbst schädlich sein, wenn man behaupten wollte (wie das allerdings auf beiden Seiten bisher geschieht), das Patentrezept für diese neue Welt schon in der Tasche zu haben. Wäre dies wirklich der Fall, die Einheit

der Welt wäre schon längst da. Was uns angeht: wir sollten nicht nach neuen Theorien suchen, neue Absoluta verkündigen. Es genügt, wenn wir zunächst nicht mehr daran glauben, daß auf der einen Seite der Welt die Guten und auf der anderen die Bösen sitzen. Es genügt, wenn wir versuchen, das Vernünftige in den jeweils konkreten Entscheidungen zu tun, wenn wir versuchen, Gerechtigkeit zu üben gegenüber dem einzelnen und gegenüber dem Kollektiv. Was immer wir hier in der Mitte anpacken, es darf unter keinen Umständen mit der Absicht geschehen, der einen Welthälfte zugunsten der anderen eine Niederlage beizubringen. Wir haben uns nicht auf eine „neutrale Insel“ im Sinne allseitiger Passivität zurückzuziehen, denn die kann es in diesem Streit, der die ganze Welt zerreißt, gar nicht geben, sondern unsere Aufgabe ist es, für den wirklichen Frieden, für die umfassende Einheit und für die Versöhnung dieser Welt einzutreten. Ob wir diese Aufgabe erfüllen können, kann niemand wissen. Wir können sie nur als neuen Sinn ergreifen und uns selbst daran wagen. Mehr kann kein Mensch und kein Volk tun, heute nicht, in der Vergangenheit nicht und auch morgen nicht. Aus der Teilung der Welt ergibt sich die dialektische Bewegung zur Einheit. Wenn hier allein unsere Aufgabe liegen kann, einmal weil wir selbst an der Herbeiführung dieser Teilung schuld haben, zum anderen, weil wir unter ihr mehr als die anderen Völker leiden müssen, so heißt dies, daß die Wiedervereinigung unseres Volkes als Selbstzweck unerreichbar, als Nebenprodukt dieser viel größeren und eigentlichen Aufgabe wohl möglich, ja sogar sicher sein wird.

Die Frage nach den Grenzen

Soll es unsere Aufgabe werden, unsere Existenz daran zu wagen, Trennendes zu verbinden, Spannungen zu entspannen, Brücken zu schlagen, so ergibt sich von selbst, daß das Grenzproblem dabei zu einer zweit- und dritrangigen Frage wird.

Die Grenze spielt eine wesentliche Rolle, wenn wir Teil der einen Weltfront gegen die andere sind. Die Grenze ist auch von erstrangiger Bedeutung, wenn wir daran glauben, daß Gesamtdeutschland als passive „neutrale Insel“ zwischen West und Ost existieren könnte.

Isoliert, als reines Rechtsproblem, existiert die Grenzfrage allerdings nur für Juristen und für politische Phantasten.

Auch hier hat die Bundesrepublik, wie in der Wiedervereinigungsfrage, ein Spiel der Halbwahrheiten, wenn nicht der bewußten Täuschung getrieben, deren Opfer die 10 Millionen in Westdeutschland lebenden Heimatvertriebenen sind.

Die Bundesrepublik hat den Kurs der militärischen Integration in den Westen eingeschlagen und gleichzeitig die Forderung nach Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen des deutschen Nationalstaates erhoben. Sie hat ständig darauf verwiesen, daß über diese Grenzfrage erst in einem Friedensvertrag entschieden werden könnte. Sie hat aber gleichzeitig nicht den geringsten Versuch gemacht, mit dem Osten über die Herstellung eines Friedenszustandes zu reden. Warum? Weil dies ja wohl die einzige reale Aufgabe der Bundesrepublik: westliche Festung und Waffe gegen den Osten zu sein, aufgehoben hätte.

Das alles ist zuletzt noch Hand in Hand mit der atomaren Aufrüstung gegangen. Zutiefst von ihrer inneren Unsicherheit getrieben, ging und geht die westdeutsche Verteidigungspolitik darauf aus, innerhalb des Bündnisses einen atomaren Automatismus zu schaffen (zu dem logischerweise die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gehört). Für den Osten hat dies die Bedeutung, daß die Gefahr entsteht, durch eines der ungelösten deutschen Probleme vor den großen Weltkonflikt gestellt zu werden, den man keinesfalls wünscht. Für den Westen ergibt sich die gleiche Drohung, wegen dieser deutschen Fragen in die Endkatastrophe hineingerissen zu werden.

Wenig nützt dabei die Versicherung, man wolle alle diese Probleme ja nicht mit Gewalt lösen. Die Mischung von ungelösten Problemen, Verweigerung echter Friedensgespräche, Aufrechterhaltung von Forderungen und Ansprüchen und gleichzeitigem Drängen nach atomarer Bewaffnung erscheint außerhalb Deutschlands jedem gefährlich. Da wir unsere jüngste Vergangenheit in uns selbst erfolgreich verdrängt haben, begreifen wir es nicht, wie sich plötzlich an diesem einzigen Punkt unserer Grenzforderungen eine neue Augenblickskoalition von Ost und West gegen die Deutschen bilden kann.

Kurz: auch hier ist es so wie mit der Wiedervereinigung und dem Westbündnis. Beides zugleich kann man nicht haben. Man muß sich schon entscheiden. Entweder das Bündnis mit dem Westen und die atomare Aufrüstung, dann aber müssen alle Außenposten und Forderungen abgestoßen werden. Der Westen selbst wird um seiner eigenen Sicherheit willen mithelfen, daß dies geschieht. Oder aber man sieht Wiedervereinigung und Lösung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Probleme, ohne von vornherein deshalb auf wirkliches Recht zu verzichten, als die Hauptaufgabe der deutschen Politik an. Dann geht dies aber keinesfalls, indem man damit beginnt, sich als westliche Festung gegen den Osten zu fühlen, und schon gar nicht mit atomarer Begleitmusik.

Dürfen wir uns darüber wundern, daß der Osten bei unserem heftigen Drang nach der atomaren Automatik des Westbündnisses daran geht, vorsorglich zusammen mit dem Westen unsere Forderungen, die über die Existenz und Grenzen dieses westdeutschen Staates hinausgehen, zu liquidieren? Auch dies ist durchaus eine logische Folge der Politik von Bonn selbst. Und man würde es den Vertriebenen, die lediglich als Stimmvieh und in ihrer Enttäuschung als antikommunistisches Korsett verwendet und ausgebeutet werden, wünschen, daß sie diese Zusammenhänge begreifen lernen. Es würde sich dann viel in Westdeutschland ändern, wenn diese Schicht von Menschen sehen könnte, daß es für sie nur Hoffnung gibt, wenn sie selbst Pioniere einer neuen Friedenspolitik in Zentraleuropa werden.

Ist das zuviel verlangt? Bis heute unterstützen sie eine Politik der Feindschaft gegen den Osten und sind für jede Scharfmacherei zu haben. Sie haben auf den Sieg der einen Welthälfte gegen die andere gesetzt, den es nicht geben kann. Real haben sie damit lediglich beigetragen, ihre eigenen Forderungen zu liquidieren. Sie werden es in diesen kommenden Wochen und Monaten erleben müssen.

Leider steht auch schon eine Partei bereit, die, wie man so sagt, nichts vergessen und nichts dazugelernt hat. Sie wird versuchen, die Stimmen der Enttäuschten aufzufangen und daraus einen neuen Nationalismus zu entfachen. Er würde eine Karikatur der Bewegung von gestern werden, und das ohnmächtige Fäusteschütteln nach allen Seiten würde die Sache der Vertriebenen endgültig isolieren und diskreditieren.

Mit der Illusion, die Wiedervereinigung Deutschlands, sprich die Liquidierung der DDR, könnte durch die Anerkennung der derzeitigen deutschen Ostgrenzen erkaufte werden, eine recht zählebige Dummheit, brauchen wir uns nicht näher auseinanderzusetzen. Die Entwicklung der Dinge spricht für sich.

Was bleibt also?

1. Wenn es unsere Aufgabe werden soll, von der Mitte her für die Überwindung der Fronten in der Welt zu wirken, so kann man nicht damit anfangen, daß man starre Grenzforderungen aufstellt, die den Zugang zu unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn von vornherein erschweren oder ganz unmöglich machen.

2. Die Kluft, die Kriegs- und Nachkriegsereignisse zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen aufgerissen haben, kann man mit juristischen Formeln nicht überbrücken. Es gehört dazu als Voraussetzung, daß zwischen un-

seren Völkern wieder Vertrauen wächst. Die ganze Forderung, von der Mitte her zur Überwindung der Gegensätze und Fronten, zur Versöhnung und Einheit aller beizutragen, wäre idealistisches Geschwätz und bar jeder realen Bedeutung, wenn wir uns nicht zuerst und zunächst am deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Problem bewähren würden. Damit steht und fällt unser ganzes Fragen nach einem neuen Sinn unserer geschichtlichen Existenz.

3. Trotz aller bestehenden Gegensätze und trotz allen aus der Vergangenheit herrührenden gegenseitigen Mißtrauens treibt uns doch die konkrete geschichtliche Entwicklung in eine neue Gemeinsamkeit. Vor Jahren hat der polnische Außenminister R a p a c k i den Plan einer atomwaffenfreien zentraleuropäischen Zone in die Debatte geworfen. Diese Frage bleibt immer noch aktuell. Vielleicht werden West und Ost in den kommenden Krisen um Deutschland bis an den Rand des Abgrunds vorrücken müssen, um erkennen zu können, daß es nur den einen Ausweg gibt: die Schaffung einer zentraleuropäischen Friedenszone, aus der beide Weltmächte militärisch abrücken und die dann die deutschen und westslawischen Völker zu einer in sich wachsenden Gemeinsamkeit vereinigt. Die Fragen, die Krieg und Nachkrieg zwischen den Völkern Zentral-europas geschaffen haben, werden nicht gelöst, indem man Grenzen verschiebt — also quantitativ —, sondern indem in einer solchen mitteleuropäischen Friedenszone die Bedeutung der Grenzen ständig vermindert, also indem ein neuer qualitativer Prozeß in Gang gesetzt wird.

Im übrigen entspricht dies allein der Grundtendenz der Entwicklung unserer heutigen gesamten Welt. Wenngleich noch Nationalstaaten am laufenden Band in die Geschichte eintreten, zeigt sich doch schon klar und deutlich, wie ausgehöhlt diese nationalen Souveränitäten von den technischen, wirtschaftlichen und auch geistigen Entwicklungen werden, die alle zu umfassenderen Einheiten hinstreben.

Im alten Stil der Verschiebung nationalstaatlicher Grenzen lassen sich diese Fragen nicht mehr lösen. Es soll aber nicht der Versuch gemacht werden, recht unschöne Sachen durch schöne Worte hinwegzuinterpretieren. Dafür sind diese Dinge viel zu ernst. Wenn sie für uns die wesentliche Bewährung darstellen, wenn es darauf ankommt, daß zwischen Deutschen und Slawen, die gleichzeitig heute westlich und östlich der Welttrennungslinie stehen, eine neue brüderliche Nachbarschaft, ja Gemeinschaft entsteht, so gibt es dafür keine bequeme Lösung. Keine, die sich nur an Rechtsformeln ausrichtet, keine, die man einfach dem hauptbetroffenen Teil unseres Volkes auferlegen kann, keine, die sich auf westliche oder östliche Gewalt stützt. Alles das wäre zutiefst unehrlich und würde keinen Frieden bringen.

An diesem Punkt muß die geistige Umkehr stattfinden, die allein Gegensätze auflösen kann. Und diese Aufgabe ist zunächst einmal uns selbst aufgegeben. Wenn die Charta der deutschen Heimatvertriebenen sagt: „Wir fühlen uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“, so sollten wir uns vorher daran erinnern, daß es die Führung unseres Volkes war, die da sprach: „Kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf h ö h e r e n Wunsch und laut h ö h e r e m Recht.“ Und wir haben das nicht nur gesagt, wir haben auch danach gehandelt.

Wenn man an Gott wirklich glaubt, dann kann man ihn nicht, so als ob nichts geschehen wäre, nun in den Zeugenstand für die eigene Sache zitieren. Gott ist nicht Zeuge für unsere Forderung und läßt sich nicht von uns einspannen. Versuchen wir, unser Leben als ein Leben vor ihm aufzufassen und mit unseren ge-

ringen und irrenden Kräften nach bestem Wissen und Gewissen das Rechte zu tun, was in unserem Fall heist: die Existenz unseres Volkes an den Frieden zu wagen, die Kluft von Haß und Rache zwischen uns und unseren Nachbarn zu überwinden, so wird uns schließlich auch Recht werden.

Nicht die Gewalt der Kriegsmaschinen, nicht die Klugheit der Diplomaten, nicht das Beharren der Juristen kann diese Fragen lösen, sondern nur ein neuer Geist, den wir selbst zuerst ohne jeden Rückhalt bejahen und leben müssen.

„Nur in dem Maße, als Deutschland fähig und bereit ist, dem Frieden zu dienen, kann es seine eigenen Schicksalsaufgaben lösen helfen; und nur in dem Maße, als eine Entspannung möglich wird, können realpolitische Lösungen für die deutschen Fragen gefunden werden; nicht durch die Fortsetzung des Kalten Krieges, nicht durch einen Sieg in diesem.“ So sagt Hermann Rauschning in seinem Buch „Mut zu einer neuen Politik“, und er fährt fort: „Die Aufspaltung der Welt ist ein tief spirituelles Ereignis; so ist es die Teilung Deutschlands, in der sie sich im kleinen Maßstabe wiederholt. Es ist die Herausforderung zu einer tiefen Gemeinsamkeit, einer neuen Einheit. Unsere Heimatlosigkeit, dies Bewußtsein, hinausgestoßen zu sein, . . . diese Fremdheit und Einsamkeit zeigen das Ende des bisherigen Weges, das Ende einer Weltzeit an. Wir können nur noch ein neuer Mensch sein wollen, sofern wir überhaupt noch Mensch bleiben können. Wir haben nur noch in einer gewandelten Welt eine Zukunft. Eine neue Zeit bricht im Wissen um ein neues Gemeinsames an, mit einem neu gefundenen Bleibenden, einer neuen Gemeinschaft. Um dieses beides geht es fortan: um die große Gemeinschaft der Menschen und um ihren Auftrag zur Wandlung. Über beides entscheidet kein äußerer Kampf. Dort, wo man aus eigenem Irrtum aufbricht, ihn zu überwinden, warten die fruchtbaren Kämpfe des Reifens. Nicht dort, wo man ihn verschweigt, wo man sich weigert, am allgemeinen Irrtum teilgenommen zu haben. Durch Irrtum und Schuld wachsen den Menschen die Kräfte zur Wandlung.“

Die „Sicherheit“ wird von uns genommen

Da wir uns innerlich nicht „sicher“ waren, haben wir auf die äußere Sicherheit gesetzt, die auf Militärbündnissen, fremden Stützpunkten und schließlich unserer atomaren Bewaffnung gründet. Unter der Glocke der amerikanischen Kernwaffen wurde dieser Staat gebaut, konnte er seine Integrationspolitik entwickeln, hat ein Volk versucht, sich aus der Geschichte hinwegzustellen und nur noch seinen privaten Geschäften nachzugehen. „Es kann uns nichts passieren, wenn wir diese ‚bewährte‘ Politik weiter verfolgen“, — diese Überzeugung verbreitete unsere Regierung mit durchschlagendem Erfolg.

Auch hier wird es nun einen jähen Sturz aus allen Illusionen geben. Die Option für die eine Seite der Weltauseinandersetzung wird uns die erhoffte Sicherheit nicht geben. Gleichzeitig zeigt sich damit die Ausweglosigkeit, ja Hoffungslosigkeit jedes bloß technisch-militärischen Denkens.

Zur Zeit hat der Westen keine strategische Doktrin mehr, und alle Diskussionen, Pläne und Erklärungen, alle die Einführungen neuer Begriffe von der „Erhöhung der atomaren Schwelle“, der „Pause“ vor dem atomaren Einsatz usw. sind letztlich Ausdruck einer Ratlosigkeit. Kein Staat des Westens aber wird von diesem Zusammenbruch militärisch-strategischer Auffassungen so in Mitleidenenschaft gezogen wie die deutsche Bundesrepublik, die die erste Frontlinie besetzt hält und an der der Osten sich versucht fühlen könnte auszuprobieren, was an der Neuformung der westlichen Militärdoktrin wirklich dran ist.

Tatsache ist: seit die Sowjetunion an Kernwaffen mit den USA gleichgezogen hat und seit sie auf dem Raketensektor sogar einen Vorsprung errungen hat, den die amerikanischen Sachverständigen bis zum Jahre 1965 glauben hinnehmen zu

müssen, hat die Doktrin der Abschreckung die Wirkung eines Bumerangs bekommen. Der Westen wird schon heute bedeutend mehr abgeschreckt als der Osten — und das nicht nur auf Grund seiner Struktur der offenen Diskussion und des Auswalzens aller Tatsachen in der Öffentlichkeit. Von den wenigen mobilen Polaris-Unterseebooten abgesehen, sind dem Osten alle westlichen Bomber- und Raketenstützpunkte bekannt und damit zum großen Teil im ersten Schlag vernichtbar. Bis die Amerikaner in zwei, drei Jahren bewegliche Raketenrampen für die neuen Feststoffraketen haben werden oder sie unterirdisch so abdecken können, daß sich ihre Verwundbarkeit sehr mindert, wird die strategische Bomberwaffe der USA in einer Art Daueralarm leben müssen, was ungeheure Anforderungen an Nerven, Material und Mittel stellt. Die Sowjetunion hat dagegen den Vorteil, daß nur ein kleiner Teil ihrer Abschußbasen bekannt ist, daß die gegnerische Bomberwaffe (im Gegensatz zu Interkontinentalraketen) doch zu einem Großteil durch Abwehrraketen abgefangen werden kann und daß die Masse der Mittelstreckenraketen des Westens, die in Europa stationiert sind, von eigenen Raketen präzise erfaßt werden kann. Wenngleich die Rechnung für keine der beiden Seiten glatt aufgehen kann und man deshalb vor diesem letzten Risiko zurückscheuen wird, so bleibt eben doch Tatsache, daß die Abschreckungsdoktrin des Westens auf Grund dieser Lage absolut unglaublich geworden ist. Damit aber kommt das noch bedeutend eindeutiger konventionelle Übergewicht des Ostens auf dem europäischen Festland zum Tragen.

Der jetzige oberste Militärberater des amerikanischen Präsidenten, General Taylor, hat seit Jahr und Tag deshalb eine verstärkte konventionelle Rüstung gefordert. Unter der Regierung Eisenhower blieb diese Forderung ohne Gehör. Kennedy hat sie aufgegriffen, denn, wie er sagte, hat er es satt, immer vor der unmöglichen Wahl zu stehen, den atomaren Selbstmord zu entfesseln oder eine weitere Demütigung hinzunehmen. Also spricht man heute von der „abgestuften Abschreckung“, von der „verstärkten konventionellen Aufrüstung“, von der „Erhöhung der atomaren Schwelle“ und von der „Pause“ vor dem atomaren Einsatz.

Aber zur Zeit sind das nicht viel mehr als Theorien, und die verstärkte konventionelle Rüstung, die einem praktischen Vergleich mit den Sowjets standhalten könnte, ist einfach nicht vorhanden. Und es braucht einige Jahre, bis sie hier sein wird. Und bis dahin? Die Sowjets werden sicher auch nicht schlafen... Man kann keine Politik des „als ob“ treiben; als ob diese Rüstung schon vorhanden wäre. Die Niederlage würde auf dem Fuß folgen.

Der bundesdeutsche Verteidigungsminister hat das schon erkannt, wenn er schreibt: „Wenn wir... zu der Auffassung kommen sollten, wir sollten jedem Angreifer garantieren, daß er bis zu einer gewissen Grenze, bis zu einem gewissen Umfang des von ihm unternommenen Angriffs kein ernsthaftes Risiko läuft, dann laden wir gerade dazu ein, das Schießen oder die Gewaltanwendung wieder zu einem Mittel der Politik in Europa zu machen.“ Das heißt, auf Grund unserer eindeutigen Unterlegenheit an konventioneller Rüstung glaubt Strauß, daß der Osten seine militärische Macht in Zentraleuropa in die Waagschale werfen wird, sobald er sicher ist, daß er dafür keinen Preis in Form atomarer Vergeltung zu bezahlen hat. Und er fährt fort: „Solange wir den Sowjets glaubhaft machen können, daß wir die Mittel haben — und die Entschlossenheit, sie anzuwenden —, die bei jeder Form eines bewaffneten Konflikts... für sie selbst ein unübersehbares Risiko auslösen werden, solange werden wir in Sicherheit leben können.“

Wie aber kann der Westen den Sowjets glaubhaft machen, daß er zum Schutze der Deutschen seine atomaren Waffen einsetzen wird, will sagen, daß er bereit ist, für uns Selbstmord zu begehen? Hier zählen keine Deklamationen und Drohun-

gen, sondern die harten Tatsachen. Und auf Grund dieser ist ein westlicher Atom-einsatz für uns eben nicht mehr glaubhaft zu machen, um so weniger, wenn die Sowjets vorsichtig und schrittweise vorgehen. Das Dilemma bleibt: der Westen kann und wird für uns keinen Atomkrieg riskieren, und der Westen kann auch konventionell in Zentraleuropa nicht das Gleichgewicht halten.

Da also der Vordersatz in der Erklärung des Verteidigungsministers nicht mehr zutrifft, ergibt sich genau nach seinem Wort, daß wir von nun an eben nicht mehr in der Sicherheit leben werden.

Wieder stehen wir vor einer Grundentscheidung. Es bleiben uns zwei Wege:

Wir können die „bewährte“ Politik des Herrn Bundeskanzlers und seiner Partei fortsetzen. Dann könnte es unvermeidbar werden, daß die Russen in Deutschland ausprobieren werden, was an dieser Politik der Abschreckung und der vermeintlichen Stärke dran ist. Es würde sich dann herausstellen, daß die Dulles-Doktrin der atomaren Vergeltung nicht mehr funktioniert. Es würde sich auch ergeben, daß wir einen konventionellen Waffengang nicht durchstehen können. Im übrigen: was würde selbst bei einem Durchhalten das Endresultat sein? Da in einem Entscheidungsraum wie dem zentraleuropäischen keine der beiden Weltmächte eine 100prozentige Niederlage wird hinnehmen wollen, würden nach einiger Zeit Atomwaffen auf diesem begrenzten Territorium eingesetzt werden. Schließlich würde, nachdem das deutsche, polnische und tschechische Volk in der Substanz vernichtet worden wären, alles wie in Korea an der alten Demarkationslinie enden. Da wir nicht mehr Mitte sein wollen, würde die Mitte eben auch physisch ausgelöscht werden. Es kann auch sein, daß es bei Fortsetzung dieser Politik nicht zur militärischen Auseinandersetzung in Zentraleuropa kommt, aber das würde nur bedeuten, daß der Westen unter Druck seine Positionen in der Bundesrepublik räumt und wir selbst unter Druck neutralisiert werden. Die letzte und eigentliche Chance hätten wir dann vergeben, denn es ist klar, daß sich aus einer erzwungenen Kapitulation keine neue Politik der Mitte entwickeln kann.

Der andere Weg ist der Versuch, mit politischen Mitteln das militärische Dilemma aufzulösen. Wir sollten uns keinesfalls wehrlos machen, wir sollten im Gegenteil, anstatt uns wie bisher hinter der amerikanischen Bombe zu verstecken, wieder den Sinn für das vernünftige, dem Frieden dienende Opfer erwecken, ohne das es kein Menschentum gibt. So glasklar, wie eine neue deutsche Politik für den Frieden und die Überwindung der Teilung dieser Welt und die Versöhnung und Begrenzung der Gegensätze eintreten sollte, so deutlich wir uns jedem Kalten oder Heißen Krieg der einen und anderen Seite verweigern sollten, so entschieden sollte man wissen, daß dieses Volk sich niemals etwas aufzwingen läßt, das seiner Auffassung von Wahrheit und Gerechtigkeit widerspricht. Wir brauchen keine Atomwaffen, denn wir wollen niemanden angreifen, und ohne den Rückhalt dieser Waffe ist ein Angriff heute unmöglich, zumindest in Zentraleuropa. Auch wenn wir welche hätten, wir könnten damit ohnehin niemals siegen, sondern unser Land nur einem alles vernichtenden Vergeltungsschlag aussetzen.

Was wir brauchen, ist eine Aufgabe, die uns erfüllt, die unserer geschichtlichen Existenz wieder Sinn gibt. Welche Aufgabe dies allein sein kann, ist gesagt worden. Wenn man nur materiell denkt, so stimmt es, was Strauß sagt, daß „die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein“; wenn wir uns aber mit dieser Tatsache zufrieden geben, wenn wir nicht mehr glauben können, daß unser Geist diese Fesseln sprengen kann, und wenn wir uns selbst nicht in diesem Sinne aufs Spiel setzen, dann sind wir geschichtlich abgetreten.

Das Berlin-Problem vor seiner Lösung

Die Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters in West-Berlin, General Clay, vom 22. September 1961¹⁾ haben außerordentlich starke Beachtung gefunden und eine Vielzahl von unterschiedlichen Stellungnahmen ausgelöst. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich zum wiederholten Male, daß das Berlin-Problem zu einem nicht geringen Teil das Problem einer den Realitäten vielfach nicht entsprechenden Bewußtseinslage der westdeutschen und westberliner Öffentlichkeit ist. Zwölf Jahre Illusionspropaganda fordern jetzt ihren unheimlichen Tribut: wenn es gut geht, besteht er in Gefühlen der Enttäuschung und Verbitterung über einen politischen Irrweg, der vielen guten Chancen bewußt ausgewichen ist, um die vermeintlich beste Chance zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung nicht zu verfehlen; wenn es schlimm kommt, werden nicht nur wir Deutschen, sondern sehr sehr viele Menschen und Völker mit uns in einem atomaren Weltkriegsinferno einen totalen, endgültigen Tribut zu entrichten haben; das Opfer der Existenz.

Selten — oder sogar nie — ist eine lokale Krise in einem so eminenten Ausmaße zugleich eine Welt-Krise gewesen. Man möchte es und kann es auch jetzt kaum glauben, wenn man das etwas provinziell gewordene Berlin besucht und erlebt. Die Schockwirkung der Mauer des 13. August ist verhältnismäßig schnell abgeklungen, und bei aller unverminderten Polemik in Presse und Öffentlichkeit West-Berlins gegen die Trennungsmaßnahmen ist eine zumindest äußerliche Normalisierung oder Anpassung an die neue Situation unverkennbar. Dennoch ist das Bewußtsein der Krise in West-Berlin ziemlich allgegenwärtig. Hinter der wenig veränderten Physiognomie des Alltags besteht eine starke Spannung; es gilt kurzschlüssigen oder fehlgeleiteten Entladungen vorzubeugen.

Die Möglichkeiten produktiver und positiver Verwandlung dieser starken Anspannung des allgemeinen Krisenbewußtseins in Erkenntnisse und Maßnahmen politischer Vernunft auf weite Sicht sind zur Zeit noch gering. Die teils empörten, teils beschwichtigenden amtlichen und journalistischen Kommentare zu der AP-Meldung über die Ansichten „maßgeblicher amerikanischer Kreise in Berlin“ (sprich: General Clays) beweisen, daß auch eine späte Neuorientierung anhand bitterer und harter Realitäten nur schwer und langsam durchzusetzen ist. Selbst wacher Sinn für politische Ereignisse ist nicht vor Panik und Kopflosigkeit zu bewahren, wenn er auf die Dauer einem falschen politischen Bezugssystem oder einem schon längst ungültig gewordenen politischen Fahrplan verhaftet bleibt.

Genau dies ist die Hauptgefahr für die bevorstehende Lösung des Berlin-Problems, wie günstig, praktikabel und vernünftig sie auch für die Westberliner selbst ausfalle. Denn es gibt bestimmte Einzelheiten, die in jeder wie immer garteten Berlin-Regelung enthalten sein müssen, soll sie allenthalben akzeptabel und praktikabel sein. General Clay hat dies ansatzweise klarzumachen versucht. Es sollte keine Gelegenheit versäumt werden, die von ihm angedeuteten Tatsachen und Notwendigkeiten immer wieder zu betonen und zu begründen. Die objektive Lösbarkeit des Berlin-Problems darf nicht an subjektiver Lösungs-Unwilligkeit oder gar an Lösungs-Sabotage scheitern.

Die Schwierigkeit, das Berlin-Problem zu verstehen, ist kaum weniger groß als die, es einer positiven Lösung näherzubringen. Man muß es in dem richtigen Rahmen all seiner entscheidenden Voraussetzungen und Bedingungen sehen. Leider ist dies bisher viel zu wenig und viel zu selten geschehen. Die komplexe

Struktur des Berlin-Problems erfordert eine mindestens ebenso komplizierte Untersuchung und Behandlung der Berlin-Krise. Da es sich ohne jede Übertreibung um eine schwere Welt-Krise handelt, darf das durch sie aufgegebene schwere Problem nicht eine Angelegenheit lokaler und nationaler Instanzen bleiben, selbst wenn das starke lokale Engagement der vier Atom- und Großmächte zugleich ein internationales ist und weltweite Auswirkungen und Rückwirkungen erwarten oder befürchten läßt. Berlin ist heute Kreuzungspunkt verschiedener historischer Entwicklungslinien und Berührungspunkt vieler politischer Kraftlinien. Ein einigermaßen zutreffendes Bild der Berlin-Krise läßt sich nur dann gewinnen, wenn man die wichtigsten von ihnen einbezieht. Bei aller partiellen Richtigkeit können daher einseitige Charakterisierungen der Situation Berlins sehr in die Irre führen. Es genügt einfach nicht, von West-Berlin als der bis zum 13. 8. 1961 virulent gewordenen und seither eingeschlossenen „Trichine“, oder aber, um ein anderes Bild zu gebrauchen, von der „abgetrockneten Pflaume“ am gebrechlichen Ast der Luftkorridore zu sprechen. Auch der „verlandende Teich“ oder das „teuerste Altersheim der Welt“ sind Gleichnisse, die zu sehr die lokale Seite und ortsgebundene Konsequenz-Perspektive des Problems betonen. Schon eher wäre das Bild vom „Zünder des Atombrandes“ angemessen, das aber die Last der Problematik zu sehr den vier Atom- und Besatzungsmächten zuweist. Und wenn man an das heutige Berlin als den „Kyffhäuser der deutschen Wiedervereinigung“ denkt, verliert sich die Dringlichkeit der Problemlösung zu sehr im romantischen Idyll dieses Bildes. Bezeichnend ist jetzt vor allem, daß das alte Vokabular der Berlin-Charakteristik außer Kurs gesetzt ist: „billigste Atom-bombe“, „Schaufenster des Westens“, „Menschenschleuse“ sind inzwischen historisch gewordene Schlagworte. Merkwürdig ist besonders, daß auch der Terminus „Frontstadt“, obwohl doch seit dem 13. August noch um einiges zutreffender geworden, da sich Verbände der NATO und des Warschauer Pakts in Distanz einer Straßenbreite gegenüberstehen, kaum mehr über die Lippen des Berliners geht.

Drei Phasen

Die Berlin-Krise findet auf drei Ebenen statt. Sie steht seit Mitte 1961 in ihrer dritten Phase. Diese Grundtatsachen seien kurz erläutert:

Der Streit um und über Berlin wird auf internationaler Ebene mit weitgehend beschränkter Partnerzahl (vier) ausgetragen, ferner auf nationaler Ebene zwischen den Regierungen in Ost-Berlin und Bonn teils als Reflex, teils aber auch als Antriebsmoment der internationalen Auseinandersetzung. Die lokale Ebene zeigt die beiden streitenden Parteien in weitgehender bis vollständiger Abhängigkeit von den jeweils zu- und übergeordneten internationalen und nationalen Mächten. Das größere Engagement der Großmächte auf Berliner Ebene gibt den lokalen Selbstverwaltungsinstanzen die Unmittelbarkeit des „direkten Drahtes“ zu ihnen. Damit erhalten die Ortsbehörden einen Sonderstatus gegenüber ihrem jeweiligen nationalen „Hinterland“ und auch die Möglichkeit, in engem Rahmen selbständig initiativ zu werden. Tatsache und Ausmaß solcher Eigeninitiativen der Berliner Ortsbehörden in Ost und West hingen bisher stets vom Entwicklungsstand der jeweiligen Phase der Berlin-Krise ab. Es ist für die Geschichte Berlins sehr bezeichnend, daß in manchen Situationen die Lokalvertretungen mehr Initiative entwickelten, als den übergeordneten Besatzungsmächten genehm war, während es bei anderen Gelegenheiten nicht leicht für die eine oder andere von ihnen war, ihre Wünsche oder Intentionen von den Lokalbehörden respektiert zu sehen.²⁾

Im ganzen sind also acht Partner und Parteien direkt am Berlin-Konflikt beteiligt: fünf auf westlicher, drei auf östlicher Seite. Es wäre verfehlt, ihre Positio-

nen je nach Blockzugehörigkeit als völlig identisch anzusehen. Dies gilt noch mehr, wenn der Kreis der mittelbar am Berlin-Konflikt beteiligten Staaten der NATO und des Warschauer Pakts in Betracht gezogen wird.

Der Beginn der ersten Phase der Berlin-Krise spielte sich auf der internationalen Ebene ab: Die Uneinigkeit der vier Großmächte in der Deutschlandfrage führte zum Ende der Arbeit des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Da er keine ganz Deutschland betreffenden Direktiven mehr zustandebringen konnte und zu bestehen aufhörte, verlor Berlin seine Funktion als Sitz dieses letzten wirklich gesamtdeutschen zentralen Regierungsapparates (März 48). Die Funktionslosigkeit der Viersektorenstadt machte die internationale Krise zugleich zur lokalen Krise. Getrennte Währungsreformen, Trennung der Stadtverwaltung in eine westliche und eine östliche, Blockade und Luftbrücke sind Stationen dieser ersten Phase der Berlin-Krise, die mit dem Jessup-Malik-Abkommen vom Mai 1949 auf Eis gelegt wurde. Das Berlin-Problem trat in den Hintergrund, die Auseinandersetzung der Welt-Blöcke in Europa fand von dieser Zeit an vorwiegend auf der nationalen deutschen Ebene statt: die Bildung der Bundesrepublik (September 1949) und der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1949) bedeutete eine Entlastung der exponierten Stellung der Großmächte in ihrem Streit um Deutschland, eine teilweise Delegation ihrer gegensätzlichen Programme an ihre jeweiligen Partner-Staaten in Deutschland. Bei aller Stellvertretung, die in dieser Kompetenzverlagerung auf die beiden deutschen Staatsgebilde im Zuge der sich konsolidierenden Blockbildung in Ost und West liegen mochte, war doch auf die Dauer eine sich ständig ausweitende Eigenständigkeit und Besonderheit in ihrer Entwicklung unvermeidlich. Gerade diese nicht von den westlichen bzw. östlichen Besatzungs- oder Schutzmächten direkt verantwortliche Eigenpolitik ihrer deutschen Partnerstaaten hat zu Rückwirkungen geführt, die zu erneuter und erhöhter Belastung ihrer internationalen Großmachtpositionen wurden. Die Interdependenz der verschiedenen Gebiete und Ebenen, auf denen der Ost-West-Gegensatz ausgetragen wurde, ließ es auf diese Weise nicht zu einer Beruhigung und Entspannung in Europa kommen.

Der entscheidende Schritt, der in diesem Zusammenhang das Faß zum Überlaufen brachte, war der vom Bundestag gebilligte Entschluß der Bundesregierung, die Bundeswehr mit *a t o m a r e n* Waffen auszurüsten (März 1958). Die Eile, mit der Minister *S t r a u ß* das NATO-Dokument MC 70 aufgriff und zur Grundlage einer besonderen westdeutschen Politik der Stärke machte, verschärfte die Zuspitzung der internationalen Situation so erheblich, daß eine entsprechende Rückwirkung unvermeidlich war. Die auf Eis liegende Berlin-Frage wurde von der Sowjetunion in die Hitze der aktuellen internationalen Diskussion zurückbefördert (November 1958) und in den Rahmen einer notwendigen friedensvertraglichen Regelung des Deutschlandproblems gestellt (Januar 1959). Damit begann die zweite Phase der Berlin-Krise.

Schon im Dezember 1957 hatte George F. *K e n n a n* im dritten seiner vielbeachteten Rundfunkvorträge über Atombewaffnung und Disengagement auf die zu besonderer Achtsamkeit zwingende Labilität der Lage Berlins hingewiesen, indem er von den „äußerst gewagten und unhaltbaren Vereinbarungen“ sprach, „die gegenwärtig über den Status von Berlin bestehen, Vereinbarungen, deren leiseste Verletzung unschwer eine neue Weltkrise auslösen könnte“. Kennan warnte die Westmächte damals, ein Jahr vor Beginn der zweiten Phase der Berlin-Krise, sehr eindringlich: „In England und Amerika neigt man beharrlich dazu, die Situation in Berlin zu übersehen, solange sie uns nicht zu schaffen macht, — und anzunehmen, daß alles schon irgendwie gut ausgehen wird. Darf ich darauf hinweisen, daß die Stellung der Westmächte in Berlin durchaus nicht

fest oder sicher ist?"³⁾). Wenn man daneben liest, was Walter Lippmann im September 1961 zur Berlin-Krise schreibt, wird sofort deutlich, daß nicht nur die Politik der Westmächte, sondern auch die der Bundesrepublik für ihre Aktualisierung verantwortlich zu machen ist: „In beiden Ländern (USA und UdSSR) gibt es eine Grenze, die zu überschreiten für den anderen nicht sicher ist. Es ist jene Grenze, nach deren Überschreitung ein Kompromiß als Demütigung und Kapitulation aufgefaßt wird. In Verhandlungen sollte man diese Grenze sehr genau feststellen. Für die Vereinigten Staaten ist eine Blockade der Zufahrtswege nach Berlin z. B. eine solche Grenze, und für die Sowjetunion wäre es die Überlassung von Atomwaffen an Westdeutschland. Dies sind Provokationsgrenzen, deren Nichtbeachtung unkontrollierte, ja selbstmörderische Reaktionen zur Folge haben könnte.“⁴⁾

Die Chance der Genfer Konferenz von 1959 ist von der Bundesregierung nicht wahrgenommen worden. Bonn hinderte ganz im Gegenteil die ihm verbündeten Westmächte daran, eine Politik zu verfolgen, die für die westliche Position in Berlin eine Entlastung hätte bringen können. Auch im Jahre 1960 hielt die Bundesregierung ihre Illusionspolitik aufrecht. Die Sowjetunion sah sich gezwungen, zu erklären, daß sie notfalls den von ihr als dringlich erachteten Abschluß eines Friedensvertrages nur mit der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen werde. Damit war klageworden, daß spätestens vom Zeitpunkt dieses Vertragsabschlusses an eine Neuregelung des Kontrollmodus auf den Transitverkehrswegen von und nach Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft notwendig wird.

Das Memorandum zur Deutschland- und Berlinfrage, das Ministerpräsident Chruschtschow Anfang Juni 1961 dem amerikanischen Präsidenten Kennedy überreichte, leitete die dritte Phase der Berlin-Krise ein, indem es den Terminplan der sowjetischen Politik des Friedensvertragsabschlusses mindestens mit der DDR auf den Zeitraum der letzten sechs Monate von 1961 festlegte. In diesem Zusammenhang wirkt die Mauer durch Berlin wie ein harter Strich, der den Ernst dieser Ankündigung betonen soll. Mindestens seit Juni 1961 war West-Berlin auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise vom „Pfahl im Fleische des Ostblocks“ zum Faustpfand in der Hand der Sowjetunion geworden, eine traurige Bilanz nach vielen chancenreichen Jahren westlicher Politik, die nicht zu vernünftigen Verhandlungen ausgenützt worden waren.

Die Bundesregierung zeigte sich von alledem ungerührt. Sie dachte nicht daran, ihrem amerikanischen Bundesgenossen aus seiner selbstmörderischen Prestige-position in West-Berlin mit herauszuhelfen, sie dachte nur an ihren Wahlkampf. Sie beutete rücksichtslos das amerikanische Engagement in Berlin als Argument der „Richtigkeit“ ihrer eigenen Illusionspolitik aus. Da kam der 13. August, der die Sektorengrenze in Berlin mit Billigung der Warschauer Pakt-Staaten zur hermetisch dichten Staatsgrenze verwandelte. Das Kartenhaus der Bundesregierung brach zusammen: die von ihr genährten Hoffnungen der bundesdeutschen Öffentlichkeit erwiesen sich als unerfüllbar, das reale und substanzielle Engagement der Westmächte hatte niemals den aus wahl- und anderen taktischen Gründen aufgeblähten Umfang. Auf den Wahlkampf wurde kaum noch Rücksicht genommen. Präsident Kennedy ernannte einen Botschafter speziell für West-Berlin. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem neuen und sicheren Status für West-Berlin als autonomes Gemeinwesen war damit getan. Die Zeit war plötzlich so sehr in Bewegung gekommen, daß der durch langgenährte Illusionen in Diskrepanz zu den Realitäten geratene Bewußtseinszustand der westberliner und west-deutschen Öffentlichkeit einfach nicht mehr schonend berücksichtigt werden konnte. Die Stellungnahme der meisten Teilnehmer der Belgrader Konferenz zur Frage der deutschen Zweistaatlichkeit war für Amerika ein Signal, den Anschluß

an den internationalen Stand der Deutschland-Diskussion nicht zu versäumen. Da Bonn nichts dazu beigetragen hatte, die USA aus der Unausweichlichkeit der furchtbaren Berlin-Alternative Atomkrieg oder Kapitulation zu befreien, konnte es insbesondere nach der Bundestagswahl nicht erwarten, von der allgemeinen Ernüchterungs-Kur der amerikanischen Politik verschont zu bleiben.

Botschafter Clay hat es unbarmherzig durchsickern lassen: „... Die Deutschen müssen sich ‚für einige Jahre‘ mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden.“⁶⁾ Dennoch hält Minister L e m m e r in Straßburg eine Rede, in der er die allein den Frieden erhaltende Stabilisierung der jetzigen europäischen Grenz- und Souveränitätsverhältnisse den Postulaten seiner irrealen Wiedervereinigungs- und Selbstbestimmungsparolen zum Opfer bringt. Das nötige Umdenken der bisherigen Illusionen zu realen Erkenntnissen wird weiter behindert. Die Springer-Presse wirft den Westmächten bereits den „Verkauf der Deutschen“ an den Osten vor. Es wird noch immer keine vernünftige Konzeption zur politischen Überwindung der Krise entwickelt oder wenigstens zugelassen. In dieser Situation ist es gut für die Westberliner, der Konzeptionslosigkeit der Bonner und westberliner Parteien nicht völlig ausgeliefert zu sein. Präsident Kennedy erklärte in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung unmißverständlich: „Wir sind an keine starre Formel gebunden“, d. h. es gibt genug Spielraum für Verhandlungen. Sein Hinweis, daß im Zuge künftiger Abrüstungspolitik keine Atomwaffen für bisher noch nicht nuklear gerüstete Staaten zur Verfügung gestellt werden dürften, deutet zugleich Richtung und Ziel kommender Verhandlungen an: eine atomwaffenfreie Zone nach Art des R a p a c k i - Plans und anderer Disengagement-Modelle. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der belgische Außenminister S p a a k bei seinem Besuch in Moskau von der sowjetischen Bereitschaft in Kenntnis gesetzt wurde, über diese Gegenstände zu verhandeln. Für eine positive Lösung der Berlin-Krise wäre eine solche Entwicklung der internationalen Beziehungen unschätzbar wichtig. Denn als Teil des allgemeinen politischen und militärischen Abrüstungsproblems muß das Berlin-Problem von jedem Fortschritt auf diesem Gebiete im Sinne seiner schnelleren Lösbarkeit profitieren.

Lösungsmöglichkeiten

Diese wenigen Striche lassen vielleicht schon erkennen, welche Lösungselemente die jetzige Struktur des Berlin-Problems verlangt. Es sind dies: 1. Strenge Beachtung des jetzigen Status quo sic et nunc, 2. Abbau aller Positionen, die auf Veränderung dieses Status quo ausgerichtet sind, 3. Abwehr jeder Diffamierung des Status quo sic et nunc.

Das heißt im einzelnen: Ein stabiler West-Berlin-Status als Teil dieses neuformulierten Status quo sic et nunc muß frei sein von politischen Institutionen und Tendenzen, die die Revision von Grenz- und Souveränitätsverhältnissen zum Ziele haben. Mit einer solchen politischen Abrüstung ist auch der Weg frei für eine wirksame militärische Abrüstung. Anders gesagt: Der Status quo sic et nunc darf insbesondere in der durch Rüstungswettlauf primär bedingten Berlin-Krise keinen West-Berlin-Status enthalten, der noch Momente des Rüstungswettlaufes verkörpert. Nur dadurch ist ein Ansatz zur Beendigung des Rüstungswettlaufes im ganzen und der Berlin-Krise im einzelnen möglich. Revisionistische Propaganda ist demnach nicht zulässig, wenn man aus der Krise herauschwimmen will.

Angesichts dieser grundsätzlichen Erkenntnisse erhebt sich die Frage: Wer kann die Berlin-Krise in diesem Sinne überhaupt lösen, ohne sie nur auf Eis zu legen? Wer kann die Dauerhaftigkeit der Lösung garantieren?

Vor knapp drei Jahren war es noch sinnvoll und möglich, die Lösung von deutschen Initiativen zu erwarten. Damals hätte auf nationaler Ebene durch gewiß sehr langwierige Verhandlungen eine im wesentlich intern deutsche Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage im Sinne einer Konföderation herbeigeführt werden können. Es sei hier erinnert an den im Dezember 1958 in den „Blättern“⁶⁾ publizierten Gedanken, West-Berlin zum Sitz des Rates der Konföderation, d. h. zu ihrer Hauptstadt, zu bestimmen. Die Bundesregierung ließ diese Chance wie so viele andere um ihrer unerreichbaren und vermeintlichen Ideal-lösung willen — Wiedervereinigung auf einmal, ohne Zwischenschritte und durch Anschluß der DDR auf dem Wege der Selbstbestimmung — unbeachtet und ungenutzt vergehen. Ihre forcierte Rüstungspolitik war im Gegenteil die gewisseste Methode, auch diese Chance preiszugeben. Die Westmächte haben sich von Bonn dazu bestimmen lassen, auf eigene Initiativen diplomatischer und politischer Art in der Deutschland- und Berlinfrage zu verzichten, obwohl es nicht an warnenden Stimmen und diskutablen Vorschlägen in Presse und Öffentlichkeit des Westens gefehlt hat. Nach dem 13. August stellte der „Aufbau“, die größte deutschsprachige Zeitschrift New Yorks, resigniert fest: „Wir sind allmählich, weniger unbewußt als vielmehr leichtfertig in die (Berlin-)Krise hineingeschliddert und haben, wenigstens öffentlich, den Eindruck erweckt, über keinen Plan für sie (d. h. zu ihrer Überwindung) zu verfügen. Vielleicht haben wir gehofft, die Krise durch Abwarten einzufrieren, oder, es würde ein Zwischenfall eintreten, durch den die Frage Berlin verdrängt würde.“⁷⁾ Ende September 1961 kommt der „Aufbau“ auf den Kern des Problems: „Diese Frage (Berlin, d. V.) spielt augenblicklich in Washington bei der Betrachtung der bisherigen Beziehung zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten eine ganz besondere Rolle. Man ist sich klar darüber, daß eine demagogische Politik in der Bundesrepublik sehr leicht versuchen könnte, die Fehler der eigenen Politik, die vor allem durch die Beharrung auf dem (revisionistischen, d. V.) Status-quo-Gedanken und dem Verschweigen der wahren Situation gegenüber der deutschen Bevölkerung beruhte, zu vertuschen und die Schuld an der Enttäuschung, die kommende Ereignisse unter der Bevölkerung hervorrufen müssen, auf die (West-)Alliierten abzuwälzen. De facto hat in allen führenden Kreisen Bonns wie überhaupt der deutschen Presse und politisch Interessierten schon geraume Zeit niemand mehr an die Möglichkeit einer gegenwärtigen Vereinigung Deutschlands geglaubt. Mit wem immer man sprach, man konnte hinter vorgehaltener Hand die Ansicht hören, man sei sich dessen bewußt, daß die Bundesrepublik jetzt die Schulden des Zweiten Weltkrieges begleichen müsse. ... Praktisch haben beide Länder (USA und Bundesrepublik, d. V.) die Folgen einer Politik zu tragen, die nicht zuletzt durch den Einfluß Bonns auf Dulles in der Eisenhower-Ara geformt worden war.“⁸⁾

Diese Schlußfolgerungen lassen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig, sie zeigen vor allem auch, daß nicht einmal die endgültige Überweisung oder Rückverweisung des Berlin-Problems an die vier Großmächte den Erfordernissen der internationalen Friedenssicherung entsprechen würde. Die fortgesetzte Betonung ihrer Prestigepositionen, die sie zur Wiederaufnahme der Atomtests und in die fast ausweglose Alternative „Kapitulation oder Atomkrieg“ getrieben hat, läßt Kompromißkonzeptionen zu leicht als kapitulationsnahe Konzessionen und damit als innenpolitisch nicht durchsetzbar erscheinen. Die Einbeziehung des „dritten Faktors“, die Erweiterung der Teilnehmerzahl der an der rettenden Berlin-Lösung aktiv beteiligten Staaten, d. h. eine wesentliche Verbreiterung des Lösungs-Spielraums auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise, wird immer unabweisbarer. Offenbar können nur bei Einschaltung des großen neutralen

Sektors der Weltpolitik die bisherigen schwachen Ansätze einer „pax russo-americana“, die durch Rücksichtnahmen auf Blockpartner der beiden Supermächte in Ost und West nie recht weiterwachsen konnten — man denke nur an den Rückpfeiff Eisenhowers nach dem Treffen von Camp David 1959 —, so weiterentwickelt werden, daß aus dem fragwürdigen „Gleichgewicht des Schreckens“ ein echtes Gleichgewicht des friedlichen internationalen Nehmens und Gebens in Wirtschaft und Kultur hervorgehen kann. Die Belgrader Konferenz hat das schicksalhafte unfreiwillige Einbezogensein der Nicht-Blockgebundenen in die als Berlin-Krise zugespitzte Welt-Krise sehr klar betont: „Während die Entscheidung über Krieg und Frieden gegenwärtig bei den Großmächten liegt, wirken sich die Konsequenzen auf die gesamte Welt aus. Alle Nationen und Völker haben daher ein dauerndes Interesse daran, daß diese Annäherungen und Maßnahmen der Großmächte so beschaffen sein sollten, daß es der Menschheit ermöglicht werde, vorwärtszuschreiten zu Frieden und Wohlstand und daß sie nicht dem Schicksal der Ausrottung anheimfällt.“⁹⁾

Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Lösung des Berlin-Problems

Eine allgemein zufriedenstellende Berlin-Lösung wird demnach in der jetzt gebotenen Eile nicht mehr auf den bisherigen drei Ebenen oder einer von ihnen zu finden sein. Die Größe der Kriegsgefahr und die Dringlichkeit politischer wie militärischer Abrüstung in weltweitem Ausmaß zwingen alle Staaten zu einer aktiven und positiven Beteiligung an der Beilegung und Beendigung der Berlin-Krise.

Der Gedanke einer Lösung der Berlin-Krise durch die volle oder teilweise Einschaltung der Vereinten Nationen wurde schon vor der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz von 1960 geäußert. Auch Dag Hammarskjöld hat damals seine Bereitschaft zur Mitwirkung bekanntgegeben. Diese schon seinerzeit fast einzige noch offenstehende realisierbare Möglichkeit wurde aber von den Westmächten nicht recht ernst genommen und nicht aufgegriffen oder gar zu einem eigenen Konzept künftiger Politik weiterentwickelt. Es blieb prominenten Persönlichkeiten und einigen Pressestimmen überlassen, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Interessant ist besonders die Anfang Dezember 1960 vom Präsidenten der Pan-Europa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, im „Industriekurier“ veröffentlichte Anregung, das Berlin-Problem durch eine Verlegung des Sitzes der UN nach Berlin zu lösen. Sie geht nämlich in richtiger Einschätzung der wirklichen Weltlage nicht vom Deutschlandproblem aus, von dem sich das Berlin-Problem ja mehr und mehr verselbständigt hat, sondern vom Hauptproblem der Verhinderung des Atomkrieges: „Die Weltlage wird beherrscht vom Kalten Krieg zwischen der von Amerika geführten atlantischen Staatengruppe und dem von Rußland geführten Sowjetblock. Zwischen diesen beiden Staatengruppen besteht ein labiles Gleichgewicht, das ständig den Weltfrieden bedroht. Die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen besteht nun darin, diesen Gegensatz zwischen Ost und West zu überbrücken. Zu verhindern, daß der Kalte Krieg über Nacht den Atomkrieg auslöst. Unter diesen Umständen ist es paradox, daß der Sitz der Vereinten Nationen nicht auf neutralem Boden liegt, sondern in der größten Metropole der atlantischen Welt. . . . Es war nur logisch, daß Chruschtschow anläßlich der jüngsten (d. i. der fünfzehnten) Tagung der Vollversammlung (im Herbst 1960) die Konsequenz aus dieser neuen Weltlage gezogen und die Frage der Verlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Territorium aufgerollt hat. . . . Nichts wäre leichter, als die Vollversammlung zu einem Beschluß zu veranlassen, ihren Sitz in ein neutrales Land zu verlegen. Viel schwe-

rer ist es, ein passendes Land zu finden, das bereit wäre, die Vereinten Nationen zu beherbergen . . . (Es folgt die Schilderung der Bedenken der beiden einzigen garantiert neutralen Staaten der Erde, der Schweiz und Österreichs, die UN auf ihrem Gebiet festes Quartier nehmen zu lassen) . . . Es gibt nur eine Stadt der Welt, die jedes Interesse daran hätte, Sitz der Vereinten Nationen zu werden: Berlin. Heute (Dezember 1960) ist Berlin eine belagerte Stadt; gespalten in zwei feindliche Hälften, ruht sie auf einem überlebten Statut . . . Die Geographie ist mit Rußland verbündet — und die Zeit . . . Eines Tages kann der Westen sich vor die tragische Alternative gestellt sehen, entweder für die Freiheit Berlins einen Atomkrieg zu riskieren oder vor der russischen Drohung zu kapitulieren. Die Moskauer Forderung nach einer Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen eröffnet für den Westen eine neue und unverhoffte Chance. Die Westmächte haben hier eine Möglichkeit, der Forderung nach Sitzverlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Gebiet entgegenzukommen, falls Moskau ihre Gegenforderung annimmt: Sicherung der Freiheit Berlins . . . durch alle Mitglieder der Vereinten Nationen, also auch durch die Sowjetunion . . . die Baulichkeiten der Vereinten Nationen (sollten) in Berlin in einem Vorort errichtet werden, damit im Falle der Wiedervereinigung dieser Vorort ein ähnliches exterritoriales Statut erhalten könnte wie die Vatikan-Stadt in Rom. Durch die Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen wäre die Berliner Frage bis zum Zustandekommen der Wiedervereinigung gelöst. Die Welt wäre von einem Alpdruck befreit.“¹⁰⁾

Nach dem 13. August wurden diese Argumente höchst aktuell. Sie erhielten von zahlreichen offiziellen und privaten Stimmen in aller Welt Unterstützung und Bereicherung um mancherlei Nuancen. Anfang September äußerte Chruschtschow seine Zustimmung zur Verlegung der UN nach West-Berlin. Mitte September kündigte der kanadische Premierminister Diefenbaker eine entsprechende Initiative seiner Delegation in der Vollversammlung der UN an. Die umstrittene AP-Meldung vom 22. 9. 61 betont die Befürwortung der UN-Sitzverlegung nach Berlin durch die USA. In Großbritannien setzen sich namhafte Zeitungen für den Vorschlag ein, z. B. der „Daily Telegraph“, der „Daily Herald“ und die „Sunday Times“. Nur in Deutschland wird der Gedanke sehr zögernd oder gar ablehnend aufgenommen. Die Wiedervereinigung ist verständlicher, aber vielleicht auch gefährlicher Weise bei uns ein wichtigeres Problem als die Sicherung des Friedens. Dabei würde auf längere Sicht die entsprechende Wirkung einer UN-Funktion West-Berlins gerade für die Vorbereitung und den Beginn einer schrittweisen Wiedervereinigung von Vorteil sein. Bei aller hier in Deutschland vorwiegenden Skepsis gegen die UNO-Lösung für Berlin sind doch einige bekannte deutsche Stimmen für das Projekt zu nennen: der FDP-Vorsitzende Dr. M e n d e, der frühere FAZ-Mitherausgeber Dr. Paul S e t h e, der Publizist Peter B e n d e r (in einem Rundfunkvortrag für das Kuratorium „Un- teilbares Deutschland“).¹¹⁾

Die Berliner selbst würden es begrüßen, wenn ihre Stadt wieder die friedliche Funktion einer Stätte der Begegnung und des gegenseitigen Austausches auf vielen Gebieten des nationalen und internationalen Lebens erhielte, etwa nach dem fernen Ideal des Berlins der „goldenen zwanziger Jahre“. Besonders nach dem 23. August,¹²⁾ der auch Ostberlin den Charakter einer Stätte der Begegnung nahm, weil von da an den Westberlinern das Betreten dieses Stadtteils praktisch verwehrt ist, wird die lokale Zuspitzung der Berlin-Krise auch in Westberlin doppelt und dreifach verspürt. Um so schmerzlicher ist in dieser Situation die Tatsache, daß außer starren Durchhalteparolen und öffentlichen Investitionsprogrammen keinerlei ersichtliche Berlin-Konzeption des westberliner Senats zu registrieren ist. Dennoch wird der Gedanke der UNO-Lösung im weiteren Ver-

laufe der Berlin-Krise in Berlin selbst mehr und mehr Anklang finden, zumal er keine Verlegenheitslösung darstellt, sondern eine durch die komplexe Struktur des Berlin-Problems selbst geforderte prinzipielle Lösung bezeichnet. Dabei ist es nicht von allzu großer Bedeutung, ob im Sinne einer Maximallösung die Weltzentrale der UN nach West-Berlin verlegt wird oder „nur“ die europäische UN-Zentrale, die zur Zeit in Genf ihren Sitz hat. Entscheidend ist ein exterritorialer, „UNO-unmittelbarer“ Status für West-Berlin, der durch einen Verzicht der beiden deutschen Staaten auf territoriale und souveränitätsrechtliche Ansprüche gegenüber diesem Teil der Stadt ermöglicht und — einschließlich der Regelung freier Verkehrsverbindungen — durch die UN de jure und de facto garantiert werden kann. Die mehrfach geäußerte Idee, ganz Berlin den Vereinten Nationen zu unterstellen, erweist sich bei genauer Betrachtung der Verhältnisse als vorerst unrealistisch. Zur Zeit ist für die meisten West-Berliner der Gedanke auch schwer vollziehbar, daß ostberliner Behörden bei einer solchen Gesamtberlin-Regelung in einer Vorbereitungs- oder Übergangszeit Einfluß auf die westberliner Angelegenheiten nehmen könnten. Von Kennern staats- und völkerrechtlicher Fragen in Westberlin werden zur Zeit theoretische und praktische Einzelheiten für ein Statut eines solchen UN-Territoriums geprüft. Voraussetzung für die Realisierung eines UN-Statuts in Berlin ist allerdings eine Änderung des Artikels 107 der UN-Charta, der den Großmächten bisher die ausschließliche Kompetenz zur Lösung und Regelung von Angelegenheiten zuerkennt, die sich aus der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg ergeben. Diese Klippe wird aber bei allgemeiner prinzipieller Bereitschaft zu einer vernünftigen Berlin-Lösung leicht zu umfahren sein.

Wichtiger als diese juristische Filigranarbeit, die auf dem Boden politischer Grundsatzentscheidungen schnell und sachlich zu leisten sein wird, sind jetzt erst einmal die Aufklärung der Bevölkerung über die Dringlichkeit einer grundlegenden, international geregelten Berlin-Lösung und ihre Gewinnung zur moralischen und praktischen Unterstützung des Projekts. Es kommt darauf an, zu zeigen, daß es sich dabei um weit mehr als um die Behebung lokaler Schwierigkeiten handelt. Auf die Dauer sind die schon jetzt unverkennbaren Abwanderungstendenzen aus der Stadt nicht mit Durchhalteparolen und noch so kräftigen Subventionierungen aufzuhalten. Vor allem kann dadurch einer Verschärfung der Krise nicht im mindesten vorgebeugt werden. Eine grundlegende Lösung aber beendet nicht nur die Krise, sondern verhindert ihre Wiederholung. Es bleibt abzuwarten, ob Amerikas West-Berlin-Botschafter Clay die in der AP-Meldung vom 22. 9. 61 angedeutete Unterstützung der Verlegung des UN-Hauptquartiers nach Berlin dem westberliner Senat zugleich als Empfehlung für eine politische Neuorientierung erläutern wird. Der internationale Terminplan duldet kaum langen Aufschub des Zeitpunktes einer positiven Behandlung des Problems. Am besten für den Frieden und für West-Berlin wäre es, wenn noch vor Abschluß des Friedensvertrages zwischen der UdSSR und der DDR die Umwandlung des Status der Stadt im Sinne der UNO-Lösung beginnen könnte. Nicht nur Fragen des Prestiges, sondern Fragen des Lebens und Überlebens der Völker stehen auf dem Spiel. Vielleicht war Zeit noch nie so kostbar wie jetzt, da Präsident Kennedy sagen konnte, in den folgenden wenigen Jahren entscheide sich womöglich das Schicksal der nächsten zehntausend Jahre. Wie tröstlich, daß er gleichzeitig erklärte, Amerika fühle sich in seinen politischen Positionen an keine starre Formel gebunden. Die entsprechende Kompromißbereitschaft Gromykos in der Frage der Nachfolgeregelung für Dag Hammarskjöld läßt vielleicht doch die Hoffnung zu, daß der schlimmste Teil der Krise schon überstanden sei.

Das deutsche Volk aber muß sich mit einigen harten Tatsachen abfinden, die es um seiner Existenz und des Friedens willen zu akzeptieren hat. Oder-Neiße-Grenze, DDR, Rapacki-Zone ohne Atomwaffen in Mitteleuropa, internationaler West-Berlin-Status, Disengagement werden bald Begriffe oder Bewußtseinsinhalte sein, die so im allgemein praktizierten Wortschatz beheimatet sind wie bisher die Termini des Kalten Krieges . . ., wenn alles gut geht. Noch kann niemand sagen, welche Berlin-Lösung und welcher Friede in Kraft tritt. Tun wir das unsere, daß nicht atomare Auflösung und der Friede des Grabes, sondern eine fruchtbare Berlin-Lösung Symbol und Unterpfand einer friedlich-glücklichen Zukunft wird.

Hinweise:

¹⁾ Vgl. Anhang.

²⁾ Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Verbot der Aufführung des französischen Films „Weg zum Ruhm“ im französischen Sektor von Berlin.

³⁾ George F. Kennan, „Rußland, der Westen und die Atomwaffe“, Frankfurt a. M., 1958, S. 55.

⁴⁾ Zitiert nach „Aufbau“, New York, 22. 9. 61.

⁵⁾ Nach der AP-Meldung vom 22. 9. 61.

⁶⁾ „Blätter . . .“, Heft 12/58, Dr. A. v. Borries, „Berlin — Anfang oder Ende?“, S. 888.

⁷⁾ „Aufbau“, New York, 25. 8. 61.

⁸⁾ „Aufbau“, 22. 9. 61.

⁹⁾ Aus dem Friedensappell der Belgrader Konferenz, zitiert nach „Die Welt“ v. 7. 9. 61.

¹⁰⁾ Zitiert nach „Industriekurier“ v. 3. 12. 1960.

¹¹⁾ Am 26. August im NDR, WDR und SFB.

¹²⁾ Diese Maßnahme ostberliner und DDR-Behörden ist erst nachträglich von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt gebilligt bzw. bekräftigt worden.

Anhang: „Mit zwei deutschen Staaten abfinden“

Tap. Berlin. Der persönliche Vertreter des amerikanischen Präsidenten Kennedy in Berlin, Botschafter Lucius D. Clay, hat gestern abend ein Informationsgespräch mit Journalisten geführt. Ohne Quelle, aber offensichtlich unter Bezug auf dieses Gespräch veröffentlicht die amerikanische Presseagentur AP folgende wörtlich wiedergegebene Fassung. Der Vertreter des Tagesspiegels hat diesem Gespräch beigewohnt. In seiner Gegenwart sind Äußerungen, die auf die Bereitschaft Amerikas schließen lassen könnten, dem „DDR“-Regime auf den Verkehrswegen weitergehende Befugnisse einzuräumen, als sie bisher von den Sowjets ausgeübt wurden, nicht gefallen. Das bezieht sich insbesondere auf den Verkehr in den Luftkorridoren. Die Verantwortung für die folgende Fassung trägt die amerikanische Agentur.

Berlin (AP). Maßgebliche amerikanische Kreise in Berlin haben nach den Bundestagswahlen zu erkennen gegeben, daß sich die Deutschen „für einige Jahre“ mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden müßten. In diesem Zusammenhang werde man auch dem Sowjetzonen-Regime mehr Kontrollrechte über die Verbindungen West-Berlins zur Bundesrepublik einschließlich des Luftverkehrs zubilligen müssen. In welcher Form diese Kontrolle vorgenommen werden solle, sei zur Zeit noch ungeklärt.

In aller Deutlichkeit wurde aber von denselben amerikanischen Persönlichkeiten erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit seien, den sowjetischen Forderungen nachzugeben, wonach die westlichen Truppen Berlin zu verlassen hätten. Im Gegenteil liege den USA daran, die Einheit Berlins aufrechtzuerhalten, trotz der Mauer, die mitten durch die Stadt hindurchgehe.

Nach amerikanischer Ansicht müsse man bei der Beurteilung der deutschen Situation davon ausgehen, daß es zwei deutsche Staaten gebe, die aber nicht miteinander sprechen wollten, weil die Atmosphäre für ein Gespräch zur Zeit nicht günstig sei. Es sei aber zu erwarten, daß in fünf oder sechs Jahren es doch wegen der Wiedervereinigung zu Gesprächen kommen könne. Es gebe keinen Grund, die Hoffnung auf die Wiedervereinigung aufzugeben, die dann allerdings Sache der Deutschen selbst sein werde.

Dem Plan einer Internationalisierung Berlins durch Verlegung des UNO-Hauptquartiers nach Berlin stehe man amerikanischerseits positiv gegenüber, wurde weiter erklärt. Allerdings würden die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß sich diese Internationalisierung auf ganz Berlin erstrecken müßte. Es sei aber zu erwarten, daß die Sowjets die Einbeziehung Ost-Berlins in einen solchen internationalisierten Staat ablehnen würden.

Tagesspiegel v. 23. IX. 61.

Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Entweder Rüstung oder Fortschritt

Die sowjetischen Vorschläge, das Deutschland- und Berlinproblem bis Ende des Jahres durch Verhandlungen mit den Westmächten einer Lösung zuzuführen, hat in der ganzen Welt eine Welle der Kriegshysterie ausgelöst.

Neben dem Verlangen nach „Kühnheit“ und „Aktionen“ brachten die Zeitungen Tag für Tag alarmierende Meldungen über Mobilisationsmaßnahmen, Erhöhung der Rüstungskosten, Einberufung von Reservisten, Verlängerung der Dienstzeit von Wehrpflichtigen, Entsendung neuer Divisionen von den USA nach Europa, gegenseitige Besuche der Verteidigungsminister und Ähnliches. So berief das US-Verteidigungsministerium außerplanmäßig 148 000 Mann zum aktiven Militärdienst für 4 Divisionen der Nationalgarde ein. Außerdem wurden von dieser Maßnahme 52 000 Einzelreservisten betroffen. Sie sollen an die Stelle von 3 Divisionen treten, die in Übersee eingesetzt werden. Planmäßig wurden außerdem 76 500 Reservisten zum 1. Oktober einberufen. Großbritannien verlegt das 22. Flakregiment nach Dortmund zur Verstärkung der Rheinarmee. Außerdem ist mit der Verlegung des 36. Army Group Regiments bereits begonnen, dem das 16. Leichte Flakregiment im Oktober folgen soll. Das in der Bundesrepublik augenblicklich stationierte 3. Königl. Panzerregiment, welches nach England zurückkehren sollte, bleibt zunächst in Westdeutschland. Auch zusätzliche Düsenjägergruppen werden in die Bundesrepublik verlegt.

Kanada plant eine Erhöhung seiner Streitkräfte um 15 000 Mann. Holland wirft einige Kampfeinheiten in das Wesergebiet. Außerdem ist im Parlament die Verlängerung der Dienstzeit auf 20, bzw. 24 Monate beantragt. Eine Verschiebung belgischer Truppen weiter nach Osten ist vorgesehen. Frankreich hat eine Division aus Algerien abgezogen und in das Mutterland verlegt.

In der Bundesrepublik wird die Bundeswehr weiter ausgebaut. Eine Erhöhung der Zahl der Divisionen im Rahmen des MC 96-Planes ist vorgesehen. Dazu kommt eine Modernisierung der Streitkräfte mit einem entsprechenden finanziellen Mehraufwand und eine Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate. Schon jetzt sollen die am 30. September zu entlassenden 36 000 Soldaten weitere 3 Monate unter Waffen bleiben.

Die Sowjetunion hat ihrerseits die für dieses Jahr vorgesehene Entlassung von Soldaten aus ihren Streitkräften „bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages“ verschoben. Die Befehlshaber der Warschauer Paktstaaten traten am 9. September in Moskau zusammen und beschlossen eine Verstärkung ihrer Streitkräfte.